

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 22.—27. Okt. 1 Milliarde M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 170 Mill. M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf (905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle.



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 249.

Mittwoch, 24. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Rampf dem Hunger!

Höhepunkt der Katastrophe! / Nur schnellste und radikale Maßnahmen können noch retten.

Dr. L. Lübeck, 24. Oktober.

Die Flamme des Hungers löst. Täglich, stündlich kann sie am Gehälk unseres Wirtschaftslebens emporlecken; kann sie über unser aller Dach empor schlagen. Dann wird das Letzte, was uns geblieben, in Trümmer gehen; Wochen können dann zerstören, was Jahrzehnte nicht wieder aufbauen.

Mit fadengerader Sicherheit war der heutige Augenblick seit Monaten voranzusehen. Trotzdem! Was ist dagegen geschehen? Welche Regierung hat den Mut aufgebracht zu entscheidenden und vorbeugenden Maßnahmen? Mit kleinsten Wasser spritzen versuchte man einen Brand zu löschen, der gierig um sich fraß wie Steppenbrand.

Befehlt Euch den gestrigen Beschluß des Senats! Wie er den Erwerbslosen helfen will! Ihr saßt Euch an den Kopf und fragt: Leben diese Männer noch auf dieser Welt?

Verhandlungen, Verhandlungen und Beschüsse! Aber nichts für den Magen und nichts für den Leib. So geht es nicht weiter. Die Selbsthilfe muß einsehen der organisierten Arbeiterschaft und der Arbeiterparteien. Nicht mit unerfüllbaren Forderungen, nicht mit Phrasen! Sondern mit einem klaren, festen Programm. Mit Vorschlägen, die möglich und durchführbar sind.

Alle Machtmittel der Arbeiterschaft sind einzusetzen, wenn der Senat in langen und höchst ehrenwerten Sitzungen vor Bedenken und Erwägungen erstickt und stecken bleibt. Und seien wir uns dessen bewußt: unsere politischen Machtmittel sind nicht klein in Lübeck.

Doch das Wichtigste! Welche Vorschläge können wir machen? Haben wir ein Programm?

Zurzeit liegt ein Großteil unserer Betriebe still. Die Belegschaften haben den Kampf um Goldlöhne begonnen. Ob Goldlöhne bezahlt werden können? Unter gewissen Voraussetzungen bestimmt. Ein Lohn, der am Freitag nach dem amtlichen Dollarkurs des Mittwoch-Donnerstag-Durchschnitts berechnet wird, muß möglich sein.

Aber selbst wenn dieser Lohn heute bewilligt wird, so sind wir nach einer Woche wieder genau in derselben Lage wie heute! Bestimmt wird diese neue Zwangslage eintreten, wenn die Entwertung des Papiergeldes mit der gegenwärtigen Geschwindigkeit weiter schreitet. Denn einmal werden viele Geschäfte die ziefigen Papiergeldscheine gar nicht mehr aufbringen; und zum andern werden die Arbeiter auch mit dem größten Lohn immer wieder betrogen sein, wenn er ihm auf der Hand wie Aether verdunstet, wenn er vom Freitag bis zum Montag auf ein Drittel seines Wertes gesunken ist.

Diesem letzten Uebelstand, der als Inflationssteuer die Arbeiterschaft seit Jahren grauhaft beraubt und wie ein unerträgliches Vampyr aussaugt, muß jetzt endgültig zu Leibe gegangen werden.

Ein Teil des Lohnes muß dem Arbeiter wertbeständig ausbezahlt werden. Mindestens die Hälfte! Alle Betriebe werden antworten: Wir haben keine wertbeständigen Zahlungsmittel! Das wissen wir. Und wir wissen auch, daß die wertbeständigen Zahlungsmittel des Reiches erst in 2 bis 3 Wochen in den Verkehr kommen werden.

Deshalb muß sich Lübeck selbst helfen. Möge der Senat seinen Schlaf etwas aus den Augen reiben, und der heutigen Notlage Rechnung tragen.

Lübeck muß in kürzester Zeit wertbeständiges Geld ausgeben. Dieses Geld wird den Betrieben für einige Wochen zinsfrei zur Verfügung gestellt; und dann mit 5 Prozent verzinst. Gesichert ist dieses Geld durch die Sachwerte der Kreditnehmer. Hypothekendarlehen! Und als weitere Sicherheit steht dahinter die Kronenanleihe unseres Staates.

Dieses Geld wird jederzeit an den Stadtkassen zum amtlichen Dollarkurs eingelöst. Vielleicht auch bei den Banken. Der Arbeiter kann dann je nach Bedarf Goldmarktscheine umwecheln, um dafür seinen Unterhalt zu bestreiten.

Wir sind davon überzeugt, daß auch Landwirte und Geschäftsleute dieses Geld lieber annehmen werden, als die ewig zerrinnenden Papierlappen. Und nach wenigen Wochen können die Goldscheine des Lübschen Staates, wenn es sich als nötig erweisen sollte, durch Rentenmark- oder Reichsgeldanleihe ersetzt werden.

Ueber die Einzelheiten dieses Vorschlages können wir uns heute nicht auslassen. Jetzt kommt es darauf an, zu handeln. Jetzt gilt nur noch die Tat. Höchste Eile ist geboten!

Die Leiter der Betriebe werden diesen Vorschlag sicher nicht zurückweisen. Denn er hilft auch ihnen über einen Notstand hinweg, der ihnen doch schon manche schwere Stunde bereitet hat. Und der Senat?

Wie und wann der sich entschließen wird, darüber wagen wir uns kein Urteil anzumachen. Aber wir wollen heute schon klar aussprechen: Wenn unser Vorschlag, wie wir bestimmt hoffen, von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien aufgenommen wird, so werden sich Machtmittel geltend machen, denen auch der Senat weichen muß. Und wir werden dann vor keinem Machtmittel — von der Bürgerlichkeit bis zum Generalkrieg — zurückweichen.

Wir sind der bestimmten Hoffnung, daß schon übermorgen die Löhne nach unserem Vorschlage ausbezahlt werden. Zu langwierigen Erwägungen ist jetzt keine Zeit mehr.

Denn grauhaft geht der Hunger um. Entsetzlich ist die Not unserer Klassengenossen. Dem Hungertod sind die erwerbslosen Proletarier ausgeliefert. Jetzt gilt die Tat!

Proletarier! Haltet zusammen! Seid bereit! Aber seid auch besonnen und besorgt nicht die Geschäfte der Militaristen! Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen.

Gewerkschaften und Partei werden sie zu erzwingen wissen!

Das Ende der Rheinischen Republik. Die Befreiung Aachens.

Aachen, 23. Oktober.

Am Montag nachmittag gegen 6 Uhr begann die Gegenaktion gegen die Sonderbündler, woran sich hauptsächlich die Gewerkschaften beteiligten. Um 1 Uhr nachts waren sämtliche Gebäude der Stadt reiflos von den Sonderbündlern geräumt, die von den erbitterten Gewerkschaftlern gehörige Prügel bezogen.

Düsseldorf, 23. Oktober.

Der separatistische Putsch in Aachen hat mit einem vollkommenen Fiasko geendet. Die Sonderbündler mußten sich infolge der feindlichen Haltung der Bürgerschaft in die von ihnen besetzten Gebäude zurückziehen. Sie waren seit gestern vollständig isoliert. Gestern schritt die Polizei, die neu organisiert worden war, zur Säuberung der von den Sonderbündlern besetzten Gebäude. Den Polizeibeamten folgte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Unter begeisterten Zurufen aus der Menge wurde das Postgebäude gestürmt und die Sonderbündler vertrieben. Heute legten sich die Kämpfe um die Gebäude fort. Der Kommandeur der separatistischen Auftrüher suchte Schutz bei der Feuerwehr. Daraufhin wurde das Rathaus ebenfalls von den Separatisten geräumt. Hierauf zog die Menge zu dem Bureau der Separatisten, das ebenfalls gestürmt wurde. Sämtliche Akten wurden vernichtet. Die Separatisten flohen über die Dächer und wurden von empörten Arbeitern verprügelt. Blutige Kämpfe entspannen sich um den Besitz des Regierungsgebäudes. Auch dieses wurde endgültig gestürmt und die Fahne der Rheinischen Republik herunter-

geholt und zerrissen. Nach allem Anschein ist die separatistische Bewegung im Abflauen begriffen.

In Düren befindet sich das Hauptquartier, wo die beiden Führer Matthes und Dr. Dörten sich befinden. In Düsseldorf ist alles ruhig. In Bonn dagegen haben die Separatisten noch den Beethovenkaal besetzt. Das Rathaus wird jetzt von den Franzosen bewacht. In Koblenz haben sich die Separatisten in den Besitz des Regierungsgebäudes und der Post gesetzt, dagegen ist das Polizeipräsidium frei. Im Wartesaal dritter Klasse des Bahnhofes werden die Separatisten mit Karabinern bewaffnet.

In München-Gladbach ist dank dem Einschreiten der Polizei die Ordnung ebenfalls wieder hergestellt. Die Stoßtruppe der Separatisten in Aachen und anderen Städten waren durchweg mit belgischen Brownings ausgerüstet.

München-Gladbach, 23. Oktober.

Heute vormittag um 11 Uhr drang die erregte Menge, vor allem aus

deutschgesinnten Arbeitern

bestehend, in das Rathaus ein und riß die grünweißrote Fahne herunter. Die Separatisten wurden aus dem Rathaus vertrieben und ein großer Teil von ihnen schwer verprügelt. Die Sonderbündler zogen sich darauf in ihr Hauptquartier, ein Wirtshaus in der Nähe des Bahnhofes, zurück, und wehrten sich dort, indem sie zahlreiche Schüsse abgaben, durch die mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei drang in das Rathaus ein und entwarfnete die Sonderbündler, die nun scheunigst aus der Stadt abzogen.

Dollar 63 Milliarden.

Anzeigengebühr für die achtspaltige Petz-Zelle über deren Raum 250 Mill. Wort, auswärtige Grundpreis 150 Mill. mal Schlüsselszahl b. D. Z. W., Verjamm., Arbeits- u. Wohnungsangeig. 200 Mill. M., Reklamen 1000 Mill. M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf (926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion.)

Aachen und München.

Die separatistische Bewegung im Rheinland hatte im Verlauf des Montag und der anschließenden Nacht mit Unterstützung der Besatzung vorübergehend weitere Erfolge aufzuweisen. Selbst wenn für die aktive Beteiligung der Besatzungstruppen keine direkten Beweise vorliegen würden, wären sie ihrer Mithilfe dadurch überführt, daß sie die Separatisten im Besitze von Waffen ließen, während das von ihnen verhängte Waffenverbot im besetzten Gebiet sonst mit aller Schärfe durchgeführt wird. Aber auch diese Ueberführung ist überflüssig, denn die Herren in Paris gestehen offen zu, daß sie ihre Saat im Rheinlande reifen sehen, ohne jedoch mit ihrem Wachstum selbst zufrieden zu sein. Diese Unzufriedenheit war mehr als angebracht. Inzwischen ist den Separatisten und dem von ihnen bezahlten Gesindel durch die Gewerkschaften mit Unterstützung der Schutzpolizei die vorübergehend angelegene Nacht entrispen worden. Also diejenigen, die seit Jahr und Tag der „nationalen Unzuverlässigkeit“ bezichtigt und ihrer Ueberzeugung wegen beschimpft wurden, haben einen neuen Beweis ihrer Vaterlandstreue durch die Tat geliefert. Sie haben ihren Mann gestanden, als es hieß, mit dem Leben die Treue zum Reich zu opfern. Wo aber blieben die im Solde des Herrn Rahr stehenden Maulhelden? Sie waren wohl einmal bereit, den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet zu führen, solange ihre Taten nicht bei Tageslicht, sondern feige und menschenverübt werden konnten. Dagegen hat man jetzt nichts von ihnen gehört, als es darauf ankam, durch einen Kampf von Mann zu Mann ihrem von uns immer angezweifelt „Patriotismus“ das Gepräge wahrer Vaterlandsliebe zu geben. Sie zogen es vor, unter Benützung bayrischer Staatsgelder den Kampf gegen die „Marxisten“ zu führen, deren Nationalgefühl mit dem der Maulhelden um Graefe, Rahr, Hergt und Westarp in keinem Vergleich zu stellen ist und die es weit von sich weisen, mit diesen Vaterlandsverrätern auf eine Stufe gestellt zu werden.

Der erste Separatistenputz im Rheinland hat sein Ende gefunden. Ob ihm ein zweiter folgt, sei vorläufig dahingestellt. Jedenfalls haben die Putschisten und ihre französischen Freunde allen Anlaß, neue Hoffnungen auf Herrn Rahr und seine Gefolgschaft zu setzen, solange die Reichsregierung, oder besser gesagt die bürgerlichen Minister, die Kapitulation vor Bayern der Wahrung des Rechts vorziehen. Noch geschieht das! Der meuternde General Löffow kann trotz Reichsregierung ungehindert Funksprüche an die Truppen im Reich richten, Herr Rahr darf ungehindert weiterhin seine volksverhetzerische Agitation betreiben und der Reichslandbund vermag im Verein mit den Deutschnationalen „Bravo“ zu rufen, ohne daß Herr Stresemann sich rührt. Die Regierung framt statt dessen alle Verordnungen aus ihren Schließfächern hervor und setzt neue in Kraft, um dem Volke zu helfen. Der Wille ist anerkennenswert, aber den bürgerlichen Ministern, mit Ausnahme des Herrn Geiler, fehlt jedes Verständnis dafür, daß heute selbst die besten Verordnungen sinnlos sind, solange nicht die Staatsautorität wieder reiflos hergestellt ist. Wer kann vor einer Regierung auf die Dauer noch Respekt haben, deren bürgerliche Minister mit sich Puppenpielen lassen und die, statt der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen, vor verbrecherischen Instinkten kapitulieren? Leider hört man heute nur allgemeine Mißachtung über die gegenwärtige Regierung, die es nicht wagt, sich Bayern gegenüber durchzusetzen und es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Tatsache sich bald auch auf außenpolitischem Gebiete rächt. Das Reich stellt in seiner heutigen Verfassung nun einmal kein einheitliches Ganzes mehr dar. Was wollen wir machen, wenn Herr Poincare sich bei irgend einem außenpolitischen Anlaß hierauf bezieht und die Stimmung, die heute in einem wesentlichen Teil des deutschen Volkes Allgemeingut ist, zur Ablehnung eines neuen Erlasses der jetzigen Reichsregierung benutzt? Voraussetzung zur Erhaltung des Rheinlandes beim Reich, zur Sicherung der Ernährung im Innern und zur Möglichkeit einer außenpolitischen Aktivität ist deshalb die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die sozialdemokratischen Minister des Reichsabinetts sind mit gutem Recht vom ersten Tage der bayrischen Rebellion an für die Wiederherstellung der Reichseinheit eingetreten. In diesem Kampf steht ihnen die sozialdemokratische Arbeiterschaft des Reiches getreu dem Vorbild unserer Arbeiter im besetzten Rheinland zur Seite. Das gilt auch, wenn es heißt, gegen kommunistische Bandenführer vorzugehen, deren Leichtsinnigkeit am Dienstag in Hamburg erneut Menschenblut gefordert hat. Aber wir sind sicher, daß nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern überhaupt die Mehrheit des Volkes hinter dem Kabinett steht, wenn es den notwendigen Mut aufbringt und jetzt noch den Kampf mit Bayern aufnimmt. Die Demokratische Partei hat aus diesem Grunde erst am Dienstag an den Reichskanzler einen Appell gerichtet, und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir das gleiche für maßgebende Offiziere des Reichswehrministeriums bestätigen. Auch im Zentrum und selbst in seinem rechten Flügel regen sich eifrig Kräfte, die in einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Bayern die einzige Möglichkeit zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Reich und in den besetzten Gebieten sehen. Wir stellen also fest, daß die Parteien des Reichstages, die eine Mehrheit im Parlament hinter sich haben, mit Entschiedenheit eine tatkräftige Auseinandersetzung mit dem Bayern des Herrn Rahr im Interesse des Reiches wünschen, ohne daß ihrem Verlangen durch die bürgerliche Mi-

nißmehrheit im Reichskabinett Rechnung getragen wird. In dieser Regierung aber sitzen Minister, die keine politische Macht hinter sich haben und ihr Stimmrecht deshalb entsprechend ihrer rein persönlichen Auffassung benutzen. Das trifft zu für den Reichswirtschaftsminister und den Reichsfinanzminister und gilt ebenso für den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der in seiner Partei lediglich noch als Eingänger betrachtet wird.

Trägt der Reichskanzler seiner persönlichen Auffassung und der seiner Ministerkollegen, die mit dem Volke keine Fühlung haben, weiterhin Rechnung, indem er Passivität läßt und gegen den Willen der Volksmehrheit, der in diesem Augenblick vereinbar ist mit dem Staatsinteresse, handelt, dann darf er sich nicht wundern, wenn sein Kabinett erneut scheitert und alle Verantwortung für die in diesem Zusammenhang aufstretenden Folgewirkungen auf seine Schultern geladen würde. Wir brauchen in der Gegenwart die Stärkung der Staatsautorität, die nur erreichbar ist, wenn sich Dr. Stresemann das leuchtende Beispiel der Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten zu eigen macht und den Kampf gegen die Instinkte des Verbrechertums in München aufnimmt. Er rettet damit das Reich! Das will die Mehrheit des Volkes, sie will, daß dem Nachen von gestern heute ein Münchener durch die Tat gegenübergestellt wird!

Die Eroberung Sachsens.

Reichswehrvorheiten.

Der Vormarsch der Truppen im Freistaat Sachsen ist zum Stillstand gekommen. Die Truppen des Generals Felch sind bis Pirna-Niedersiedlich-Potschappel, mit Kavallerie bis westlich Wilsdruff und südlich Tharandt vorgedrückt. Die Truppen des Generals v. Lebebur haben die Gegend Grimma-Bad Lausick-Borna, die des Obersten Föhrenbach Delsnik und Blauen erreicht. Durch Dresden zogen am Dienstag preussische und sächsische Truppenteile, insgesamt 4 Bataillone Infanterie, eine Eskadron Kavallerie, 5 Batterien Artillerie mit rund 120 Maschinengewehren, zahlreichen schweren und leichten Feldgeschützen, Minenwerfern, Sanitätstruppen mit Hundern, Motorgeschützen und schweren Kraftwagen. Die völlig unangebrachten Hurraufe einzelner bürgerlichen Gruppen unter den Zufahrten wurden von Arbeitern mit dem Ruf: „Hunger“ und „Hoch die Republik“ beantwortet. Die Reichswehr verkaufte eine ganze Reihe der durch solche Rufe protestierenden Arbeiter.

Ein erster Zwischenfall ereignete sich in Pirna. Unangemeldet rückte dort in der Mittagsstunde ein Reichswehrrückzug unter Führung des Majors Bouquet ein. Auf dem Marktplatz wurde sofort ein Panzerauto und Maschinengewehr aufgeföhren. Vor dem Rathaus hatten sich gerade die Erwerbslosen eingefunden, um ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Als nun der Befehl zum Räumen des Platzes gegeben worden war, blieb die Menge der Erwerbslosen jöhrend stehen. Hauptmann v. Friesen ließ hierauf den Markt räumen. Trotzdem die Menge jetzt dem Befehl folgte, wurde sofort Schuß geföhrt. Gleichzeitig sollen aus einem Privathause Schüsse gefallen sein. Der Arbeitsburche Müller wurde durch Kopfschuß getötet, zwei Arbeiter und eine Arbeiterin wurden zum Teil schwerverletzt. Der Pirnaer Stadtrat hat einmütig, also mit Zustimmung aller politischen Parteien, von der sächsischen Regierung die sofortige Räumung und die Bestrafung der Schuldigen geföhrt.

SPD. Dresden, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Die Darstellung des Wehrkreiskommandos über die Vorgänge in Pirna ist nach der Darstellung des Pirnaer Stadtrats unzutreffend. Auch die Redaktion des rechtsstehenden „Pirnaer Anzeiger“ gibt zu, daß kein Anlaß zum Einmarsch der Reichswehr bestand habe. Der Einmarsch sei ohne Benachrichtigung der Behörde gegen den Rat der Polizei auf Verlangen bürgerlicher Denunzianten erfolgt. Bei den Verletzten und Toten (aufscheinend zwei) sind Schüsse von hinten festgestellt; es wurde also auf Rücken geschöhnt. Eine Abordnung von Arbeitern sprach am Nachmittag bei Major Uth vom Wehrkreiskommando vor, der jedoch schöh erklärte: Wir sind nun einmal nicht die Polizei, wir müssen energisch durchgreifen, das werden jetzt die Leute schnell haben.“ Daraufhin hat in Pirna sofort der Generallstreik eingesetzt. Die Erregung ist groß. Die sächsische Arbeiterschaft ist besonders darüber empört, daß der General die ungeheure Taktlosigkeit begangen hat, in Dresden eine Parade abzuhalten, und daß entgegen dem einzig möglichen Sinn des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen, nämlich der Truppenzusammenziehung an der sächsischen Westgrenze, die Truppenkonzentration über das ganze sächsische Industriegebiet hin sich erstreckt. Die Erregung wird dadurch gesteigert, daß aus verschiedenen Orten zuverlässige Mitteilungen über die Einziehung von Freiwilligen aus reaktionären Kreisen vorliegen.

Gegen Generallstreikparolen.

SPD., Dresden, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der Landesarbeitsausschuß der SPD. sowie der Landesauschuß des ADGB und der AFA veröffentlichen einen Aufruf an die Bevölkerung Sachsens, in dem es zum Schluß heißt: „Folgt weder den Lockungen nationalsozialistischer Propaganda noch den Generallstreikparolen unverantwortlicher Kommissionen. Die Massenaktion des Proletariats kann nur von den verantwortlichen Leitungen zentral vorbereitet und durchgeführt werden. In der zentralen Führung und dem Einheitswillen liegt die Voraussetzung für das Zusammenwirken des gesamten deutschen Proletariats und für die Rettung der Arbeiterklasse und der Republik. Halte Euch bereit! Setzt Euch mit ganzer Kraft ein, wenn Ihr zum Kampfe aufgefordert werdet. Erwartet die Parole der Parteien und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen!“

Ministerpräsident und General.

Zeigner gegen Müller!

SPD. Dresden, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Dr. Zeigner eine Erklärung ab, in der er sich zunächst noch einmal mit dem letzten Schreiben des Wehrkreiskommandos auseinandersetzte. Aus Berlin sei ihm ein Schreiben mit der Bitte vorgegangen, daß es sich bei der Verlegung von Reichstruppen nach Sachsen um keine Exzessionsmaßnahmen handle. Die sächsische Regierung wolle daher diese Maßnahmen nicht als einen verbotenen Akt betrachten. Neunzig Stunden sei nach dem letzten Schreiben des Generals Müller eingetroffen, in dem er den General für den Einmarsch angeklagt werden ließ. In diesem Zusammenhang habe der General die

wirkliche Legitimation für den Reichswehreinmarsch in Sachsen zu schaffen gesucht. Er, Zeigner, beobachte trotz der formalen Rechtfertigung aller deutschen Staatsbürger vor dem Gesetz die größte Ungleichheit, Unterschiede, die so groß seien, daß ihnen gegenüber die Gleichheit vor dem Gesetz völlig gegenstandslos erscheine. Die sächsische Regierung sehe ferner die unbestreitbare Vorherrschaft einer Klasse und er bekämpfe diese Diktatur der Minderheit, nicht um eine andere Diktatur zu errichten, sondern um die verfassungsmäßige Gleichheit vor dem Gesetz herzustellen. Der Unterschied zwischen der Berliner und der Müllerschen Erklärung sei unübersehbar; er glaube der Berliner Erklärung. Mit Sorge sehe das sächsische Kabinett, daß das Reich rücksichtslos über die sächsischen Lebensinteressen und die politische Eigenart sowie die in der Verfassung verbrieften Rechte hinweggehe. Dieser Feststellung müsse er hinzufügen, daß kein anderes Land sich rühmen könne, mehr in Treue zur Verfassung getan zu haben als Sachsen. Mit grenzenloser Bitterkeit müsse er außerdem feststellen, daß in Berlin offenbar nur der Gehör und Achtung geniesse, der sich über die Verfassung und Lebensinteressen des deutschen Volkes dreist hinwegsetze. Genosse Zeigner wandle sich weiter gegen die bürgerliche Seite gegen Sachsen. Eine Unbesonnenheit von irgend einer unverantwortlichen Seite könne zur Folge haben, daß plötzlich das ganze Land in Flammen stehe. Zum Schluß riefte Dr. Zeigner die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung, die Leiden des Landes nicht durch Unbesonnenheiten zu vermehren. — Die politische Aussprache über diese Erklärung des Ministerpräsidenten wurde am Donnerstag vertagt.

Für die kommunistische Fraktion gab Abg. Sievers eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Reichsregierung schiebt anstatt Brot Soldaten. Durch die Truppentransporte wird nicht nur die Bevölkerung aufs härteste beunruhigt, durch sie werden die Getreidetransporte verhindert. Wir verlangen, daß endlich die Reichsregierung Brot und Kartoffeln nach Sachsen schafft. Die Reichsregierung ist verantwortlich für die Zustände, die sich in Sachsen entwickeln. Durch die Reichssekretariate werden Hunger und Elend vermehrt, die Ordnung der Generale kann nur die Ordnung der blutigen Unterdrückung sein. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist um so unannehmer, wenn man im Gegensatz dazu ihr Verhalten gegenüber Bayern betrachtet. Die Revolte ist in Gefahr. Wir verlangen von den proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands, die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. Die SPD. fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht in einzelne militärische Kämpfe mit der Reichswehr einzulassen.“

Im Verlauf der weiteren Sitzung wurde der Geleitzwurz über die Auseinandersetzung mit demormaligen Königshausen beraten. Danach verleiht derormalige König auf alle Rechte an dem Strategen einschließlich des Domänengutes. Der Freistaat Sachsen überläßt dafür dem „Homilienverein Haus Wettin, Thüringische Linie G. R.“ die Moritzburger Domänengrundstücke, darunter Schloss Moritzburg mit Parkanlage und einige Forstreviere als Eigentum. Weiter erklärt der Familienverein eine Parafindung im Betrage von 14 Millionen Mark samt Zinsen zu 5 Proz. vom 1. Juli 1929 ab. Demormaligen König wird auf Lebenszeit die Ausübung des Adrechts in fünf Revieren eingeräumt. Ministerpräsident Dr. Zeigner begründete die Vorlage und hat um ihre schnelle Verabschiedung, damit endlich Klarheit geschaffen werde. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage dem Reichsausschuß überwiesen. Es begann die Diskussion über die Ernährungslage.

SPD. Dresden, 23. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Hauptmann Römer aus München, der Führer der dritten Kompanie des 16. Reichswehrrégiments in Dresden ist, hat seinen Soldaten mitgeteilt, daß in Bayern 9 Divisionen Kampferbände mobilisiert werden. Er persönlich fühle sich nicht mehr als Stütze der Republik. Gegen die launmütigen Zustände in Sachsen und im Reich müsse eingeschritten werden. Zuerst müsse in Sachsen Ordnung geschaffen werden und dann in Berlin. Er empfahl seinen Soldaten den Bezug des „Völkischen Beobachter“.

Verbot des freien Devisenhandels.

Rückkehr zum amtlichen Einheitskurs.

Durch eine am Dienstag veröffentlichte Notverordnung der Reichsregierung wird bestimmt, daß ausländische Zahlungsmittel usw. nur nach dem amtlichen Kurs der Berliner Börse des Tages des Geschäftsabchlusses erworben und veräußert werden dürfen. Mit dieser Bestimmung will die Regierung den Devisenverkehr unter strengere Kontrolle bringen und das Geldleben von der Unruhe befreien, die die gesprochenen Kurse, die gewöhnlich weit über das Ziel schießen, immer wieder verursachen. Sie kehrt somit zu dem System der Einheitskurse zurück. Es erhebt sich die Frage, ob es geeignet ist, gegen die Devisenmiserie helfen zu können. Der Einheitskurs wurde bereits unter der Kanzlerschaft des Herrn Cuno angewandt. Die Methode endete mit einem völligen Mißerfolg. Der Berliner Kurs hielt sich durchweg unter der Notierung der internationalen Börse und so veranlaßte die Regierung nur Geld, um den künstlichen Kurs zu ermöglichen. Außerdem deckten sich die Nachfrager durch Markverkäufe im Auslande ein. Jetzt ist die Situation für die Regierung infolgedessen günstiger, als Markverträge im Auslande wohl kaum noch unterzubringen sind. Andererseits haben sich aber nach vorliegenden Meldungen die Börsen in München und in Köln durch die Notverordnung der Regierung nicht abhalten lassen, ausländische Zahlungsmittel frei zu handeln. Demnach scheint das Reich überhaupt nicht mehr in der Lage zu sein, im Rheinstande und in Bayern Devisenpolitik zu machen. Wenn sich diese Befürchtung bewahrheitet, erhält die ganze Verordnung durch München und Köln zwei Löcher, die jeden Erfolg illusorisch machen. Im übrigen werden sich ohne Zweifel dieselben Mängel wie zur Zeit der Regierung Cuno einstellen. Diese konnte nämlich den künstlichen Kurs nur halten, indem sie scharf reparierte und Einfuhrbeschränkungen in völlig unzulänglichen Mengen zu teilte. Dadurch wurde der ganze Importhandel brachgelegt. Die Störungen in der Zufuhr von ausländischen Lebensmitteln, besonders von Kartoffeln, Gemüse, Fetten usw., die sich im August und September in Deutschland unangenehm bemerkbar machten und die Bevölkerung in große Erregung versetzten, waren auf den Einheitskurs und seine Begleitmaßnahmen zurückzuführen!

Wir lassen den neuen Schritt nur insoweit gelten, als er eine Notmaßnahme darstellt, die infolge der katastrophalen Vorgänge in den letzten Tagen notwendig wurde. Warten kann er nur vorübergehend und deshalb darf er nur Uebergangsmäßigkeit bleiben. Die Regierung muß sich mit der Einführung des projektieren wertbeständigen Zahlungsmittels, der Rentenmark, unbedingt beeilen. Nach ihrer Mitteilung ist mit seiner Einführung erst im nächsten Monat zu rechnen. U. E. nach kann die technischen Maßnahmen zur Einführung der Rentenmark nicht so schwierig sein, daß sie Monate in Anspruch nehmen. Da Handel und Wandel und die gesamte Substitution infolge des Markverfalls erliegen und die Ernährung der Bevölkerung ernstlich gefährdet ist, muß, wenn die Vorbereitungen zur Einführung der Rentenmark nun unbedingt Ranges in Anspruch nehmen, die Regierung schleunigst mit der Einführung der Rentenmark beginnend, die jetzt laufenden 200 Millionen Reichsmark beginnen, die sie jetzt langsam ausbezahlt, aber bis jetzt leider noch nicht vermindert.

lich hat. Da die Goldmarkanteile gut eingebürgert hat und da das Reich berechtigt ist, ungeschmälerte Güter in den Verkehr zu geben, stellt sie tatsächlich ein Mittel dar, der größten Gefahr fürs erste vorzubeugen.

Die Gehaltszahlungen an die Beamten.

Berlin, 24. Oktober.

Wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, erhalten die Beamten zu Abgeltung der in dem 3. Oktoberviertel entstandenen Teuerung nach dem ihnen gestern eine Nachzahlung nach einer Messziffer von 24 000 gewährt worden ist, eine weitere Nachzahlung von 55 Prozent der gestern gewährten Zahlung. Diese Zahlung soll noch heute oder spätestens morgen zur Auszahlung gelangen. In Anbetracht der unaufhaltsamen Teuerung hat sich das Reichsfinanzministerium weiter entschlossen, die für das vierte Oktoberviertel vorläufig festgesetzte Zahlung, die am Donnerstag zur Auszahlung gelangen sollte, zu verdoppeln.

Eine feine Bilanz.

Nach dem Ausweis der Reichshauptbankkasse betragen die Einnahmen in der Zeit vom 1. bis 10. Oktober 884 710 Milliarden und die Ausgaben 43 230 Billionen Mark. Die Ausgaben waren also in dieser Zeit mit ungefähr 0,2 % gedeckt. Die Differenz von 42 426 Billionen Mark wurde durch Diskontierung von Sahanweisungen aufgebracht, sodas sich die schwebende Schuld, die am 30. September 1923 schon 46 716 Billionen Mark betrug, auf 89 142 Billionen Mark erhöhte.

Wirtschaftskonferenz in Sachsen.

Auch die Kommunisten reden, reden . . .

SPD. Dresden, 22. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Die von den kommunistischen Ministern Graupe, Hedert und Böttcher nach Chemnitz einberufene Wirtschaftskonferenz war außerordentlich stark besucht. Es waren erschienen: 79 Vertreter von Kontrollausschüssen, 26 Vertreter der Konsumvereine, 102 Vertreter der Gewerkschaften, 16 der Erwerbslosen, 20 von gewerkschaftlichen Bezirksleitungen, 140 Betriebsräte, 15 Vertreter von Aktionsausschüssen. Als Parteivertreter waren erschienen 7 der SPD., 66 der KPD. und einer der USPD. Arbeitsminister Graupe kennzeichnete in seiner Begrüßungsansprache den Ernst der Lage und die Not. In der Vormittagsitzung sprach als erster Redner Wirtschaftsminister Hedert, der Mitteilungen machte über die im Gang befindliche Koststandsaktion zur Versorgung der bedürftigen Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln und Kohlen. Er betonte den festen Willen der Regierung, daß diese Koststandsaktion auch gegen die Sabotage von Industrie und Bankherren durchgeführt werde. Finanzminister Böttcher gab ein Bild von der katastrophalen Finanzlage des Reiches und der Länder. Die Besitzenden müßten unbedingt zu Notopfern gebracht werden. Arbeitsminister Graupe besprach die furchtbare Notlage der Erwerbslosen und Notempfänger. Er stellte fest, wie durch die rückständige Reichsregierung und die rückständigen kapitalistischen Maßnahmen die Hilfe für die bedürftigsten Schichten verhindert wird. Er verwahrte sich dagegen, daß in Sachsen besonders zugepöbelte Verhältnisse seien. In der Erwerbslosensitzung der deutschen Länder marschierte Sachsen keineswegs an der Spitze.

An die Vorsitzende der drei Minister schloß sich eine umfangreiche Aussprache, in der immer wieder die Notwendigkeit des sofortigen Kampfes, insbesondere gegen die Militärdiktatur, unterstrichen wurde. Ein Redner nach dem anderen forderte offenes Aufreten der Regierung und die Ausrufung des Generalstreiks gegen den Belagerungszustand und die militärischen Rüstungen. Brandler, der kommunistische Ministerialdirektor der Staatskanzlei, schlug vor, über einen Aufruf auf Ausrufung des Generalstreiks durch die Wirtschaftskonferenz sofort zu entscheiden. Selbstverständlich könne ein solcher Generalstreikbeschluss nur dann einen Sinn haben, wenn er einstimmig geföhrt werde. Arbeitsminister Graupe erklärte, daß eine solche Beschlussfassung nicht zu den Aufgaben dieser Konferenz gehöre; jedenfalls könne er, falls noch über den Generalstreik verhandelt werden soll, sich an dieser Verhandlung nicht weiter beteiligen. Er schlug vor, den Generalstreikaufruf einer Kommission zu überweisen. Nach kurzer Aussprache wurde eine Kommission eingesetzt, die aus je drei Vertretern der SPD. und KPD. bestand. Diese Kommission legte nach einiger Zeit den Antrag vor, einen Aktionsausschuß, bestehend aus je fünf Vertretern der SPD. und KPD. zu bestimmen, der sofort mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Regierung Verhandlungen über die Ausrufung des Generalstreiks zum Schutze Sachsens gegen die Militärdiktatur aufnehmen sollte. Sollten die Spitzenorganisationen und die Regierung diese Forderung ablehnen, so soll der Aktionsausschuß das Recht haben, selbständig den Generalstreik durchzuführen. Dieser Antrag wurde fast einstimmig angenommen. Von den ablehnenden Stimmen wurde der sofortige Generalstreik verlangt. Für die kommunistische Partei wurde erklärt, daß sie den sofortigen Kampf mit den Mitteln eines Generalstreiks für notwendig halte und nur unter den schwersten Bedenken einer Verschiebung durch den Ausschussbeschluss zustimme. Aber sie wolle unbedingt die Einheitsfront, auch wenn es schwere Opfer koste. Die Mitglieder des Ausschusses wurden nach den Vorschlägen der Parteien sofort gewählt. Angenommen wurde gegen eine Stimme ein Antrag, der den sofortigen Austritt der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft fordert. Dem Ausschuss wurde der Auftrag erteilt, in Braunschweig auf die Bildung einer legalistisch-kommunistischen Regierung hinzuwirken und sofort einen gemeinsamen Aufruf an das sächsische und deutsche Proletariat herauszugeben.

Der Erfolg der österreichischen Partei.

6 Mandate gewonnen. — Die Christlichsozialen nur 4.

Nach einer U.-Meldung aus Wien dürfte sich der neue Nationalrat endgültig wie folgt zusammensetzen: 81 Christlichsozialen, 68 Sozialdemokraten, 12 Großdeutsche und 4 Bauernbündler. Bei gleichem Wahlergebnis hätte der vorige Nationalrat aus 77 Christlichsozialen, 62 Sozialdemokraten, 20 Großdeutschen und 6 Bauernbündlern. Danach ist der Erfolg unserer Genossen größer als der der Christlichsozialen, die nicht wie ursprünglich angenommen wurde, über die absolute Mehrheit verfügen werden.

Die Rentenbank gegründet.

Am Sonnabend nachmittag vollzog sich im Reichsfinanzministerium der Gründungsakt der Deutschen Rentenbank. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther begrüßte die Gründer mit einer kurzen Ansprache, in der er auf folgende Gesichtspunkte hinwies:

„Der Entschluß der Wirtschaft, die Gründung der Deutschen Rentenbank zu vollziehen, bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Gesundung der deutschen Zahlungsverhältnisse und der deutschen Finanzen. Die in diesem Akt zum Ausdruck kommende Solidarität der Erwerbstätigen ist die beste Stütze des Vertrauens für das von der Deutschen Rentenbank auszugehende Zahlungsmittel. Die Deutsche Rentenbank wird durch die Emission der Rentenbankcheine dem Verkehr das von ihm dringend benötigte wertbeständige Zahlungsmittel in dem Augenblick verschaffen, in dem durch die Hereinbringung der Ernte die Volksernährung in Deutschland im neuen Wirtschaftsjahr gefährdet werden soll. Nicht minder wichtig ist die Entlastung, die sich für die Reichsbank ergibt. Diese wird nunmehr infolge der Abführung der schwebenden Schuld des Reichs Reichsbanknoten in entsprechendem Umfang aus dem Verkehr ziehen können. Die hierdurch zu erwartende wesentliche Besserung der Bewertung der Papiermark wird auf die Preisentwicklung einen mächtigen Einfluß ausüben und beruhigend wirken. Auch für die Entwicklung der Reichsfinanzen bedeutet die Errichtung der Rentenbank einen Wendepunkt, da das Reich auf die unbeschränkte Inanspruchnahme der Notenpresse verzichtet hat.“

Darauf wählten die Gründer den Aufsichtsrat und aus den Kreisen der Aufsichtsratsmitglieder den Verwaltungsrat. Dieser umfaßt folgende Mitglieder:

1. Dr. Brandes, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrats,
 2. Dr. August Crone-Münzebrad, M. d. R., W. R. und des preussischen Landtages, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine,
 3. Geh. Justizrat Hermann Dietrich, Vizepräsident des Reichstages, M. d. R., W. R., Vorsitzender des Vorstandes des Generalverbandes der deutschen Raiffeisenvereine,
 4. Regierungsrat Otto Genes, M. d. R., W. R., Anwalt des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften,
 5. Geh. Landesökonomierat Dr. Georg Heim, M. d. R., Vorstandsmitglied der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Ehrenpräsident des bayrischen Bauernvereins,
 6. Hermann Hilliger-Spiegelberg, Vorsitzender des Reichslandbundes,
 7. Dr. Gustav Kästle-Görzdorf, M. d. R. und W. R., Vorsitzender des Reichslandbundes,
 8. Wirklicher Legationsrat Hermann Bacher, M. d. R., W. R., Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie,
 9. Dr.-Ing. h. c. Karl Friedrich von Siemens, M. d. R., Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats,
 10. Dr.-Ing. h. c. Curt Sorge, M. d. R. und W. R., Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie,
 11. Kommerzienrat Paul Millingthon-Herrmann, Direktor der Deutschen Bank,
 12. Franz Urbig, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft,
 13. Otto Reinath, M. d. R., Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes des deutschen Großhandels,
 14. Heinrich Grünfeld, M. d. R., W. R., Vorsitzender der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels.
- Zum Präsidenten der Deutschen Rentenbank wurde der ehemalige preussische Finanzminister Dr. Lenke gewählt.

Zum Arbeitszeitgesetz.

Die Konferenz des Vorstandes der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands faßte zur Frage der Arbeitszeitverlängerung für den Bergbau einstimmig folgende Entschlüsse: Der Gesetz- und vertragswidrige

Verstoß der Bergwerksbesitzer des Ruhrgebiets, die Arbeitszeit zu bringen, hat psychologisch die allerschlimmsten Wirkungen ausgelöst, so daß schon in Erkenntnis dieser Tatsache die gegenwärtige Zeit die ungeeignetste zur Erörterung dieser Frage ist. Zu dem Entwurf eines Arbeitsgesetzes erklärt die Konferenz: „Der Entwurf enthält die Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Schichtzeit für die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter und verschlechtert damit den Rechtsboden für vertragliche Vereinbarungen außerordentlich. Die Konferenz bedauert, daß der Reichsarbeitsminister diesen Entwurf vertritt, trotzdem die Vertreter der Bergarbeiterverbände nie einen Zweifel daran gelassen haben, daß sie bereit sind, den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung zu tragen, soweit absolut notwendige Voraussetzungen erfüllt sind. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands kann der gesetzlichen Beilegung der bisherigen Arbeitszeit nicht zustimmen. Sie würde die Arbeitsleistung nicht günstig beeinflussen, dagegen die Quelle jahrelanger Konflikte sein und das Wirtschaftsleben auf lange Zeit hinaus erschüttern.“

Von der Regierung und dem Reichstag erwartet die Konferenz, daß sie im Interesse einer Gesundung der Wirtschaft und einer wirklich praktischen Produktionsvermehrung von der Beilegung der bisherigen Arbeitszeit Abstand nehmen und damit den Weg frei lassen für tariflich vereinbarte Maßnahmen.

Die Bergarbeiter werden sich weder durch Unternehmertaktik, noch durch Gesetz zwingen lassen, die bisherige normale Arbeitszeit für die unterirdisch beschäftigten Steinkohlenarbeiter preiszugeben.

Die Konferenz erhebt Einspruch gegen die Darstellungen in der Unternehmerpresse, die für alles bestehende wirtschaftliche Elend in erster Linie mangelhafte Leistung der Bergarbeiter geltend machen. Die wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist vielmehr in der schrankenlosen kapitalistischen Preisensarchie und in dem kurzfristigen Profitstreben kapitalistischer Kreise zu suchen, durch welche sowohl die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt benachteiligt, wie die Kaufkraft der Arbeiterschaft nahezu völlig vernichtet wurde.

Rud nach links in der Berliner Sozialdemokratie.

Auf dem Parteitage des Bezirks Berlin der WSPD. wurde am Sonntag der bisherige Vorstand nicht wiedergewählt, sondern durch neue Mitglieder ersetzt, die sämtlich Gegner der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien sind. Es erhielt der bisherige Vorsitzende Schlegel 157 Stimmen; gewählt wurde mit 263 Stimmen Franz Künzler, zweiter Vorsitzender wurde Dietke und dritter Vorsitzender Maderholz. Mit außerordentlich großer Mehrheit wurde eine Resolution Crispin-Auffhäuser angenommen, in der die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gefordert und im Ablehnungsfalle der Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett gefordert wird. Ferner verlangte der Bezirkstag die Erziehung des bisherigen Chefredakteurs des „Vorwärts“, Stampfer, durch eine andere Persönlichkeit.

Devisen-Kurse.

Berlin, 24. Oktober.

Ämliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	23. Oktober.	18. Oktober.	
Amsterdam	1 fl.	21 546 000 000	3 199 980 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	2 718 200 000	422 940 000
Krislania	1 Kr.	8 448 750 000	1 284 830 000
Kopenhagen	1 Kr.	9 675 750 000	1 432 410 000
Stockholm	1 Kr.	14 568 500 000	2 154 600 000
Helsingfors	1 finn. Mk.	1 476 300 000	217 455 000
Rom	1 Lire	2 458 850 000	371 070 000
London	1 £	249 375 000 000	36 907 500 000
Neuyork	1 Dollar	55 860 600 000	8 139 600 000
Paris	1 Frs.	3 192 000 000	490 770 000
Zürich	1 Frs.	9 875 250 000	1 464 330 000
Madrid	1 Pesetas	7 381 500 000	1 108 285 000
Wien	100 Kr.	778 050 000	115 700 000
Prag	1 Kr.	1 645 875 000	243 590 000
Budapest	1 Kr.	3 092 250 000	448 875

Volkswirtschaft.

Der Danziger Gulden.

Nach Mitteilungen des Senats in Danzig soll die neue Guldenwährung im Freistaat Danzig zu Beginn des Jahres 1924 eingeführt werden. Bis dahin bleibt die deutsche Reichsmark gesetzliches Zahlungsmittel. Der Senat hat zur Stützung der Papiermark eine Reihe von Maßnahmen vorgezogen. So ist z. B. dem Einzelhandel unterstellt, Preise in einer anderen Währung als in der Reichsmark anzugeben. Als wertbeständiges Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung der Währungsfrage dient der sogenannte Danziger Gulden. Eine in Bildung begriffene Notenbank wird bereits im Laufe dieser Woche Goldcheine zu 1 Danziger Goldgulden, sowie zu 50, 10, 5 und 1 Danziger Pfennig in den Verkehr bringen. Als Deckung dienen englische Pfunde. Vom 10. November ab dürfen andere Einheiten als die auf Reichsmark oder Gulden lautenden im Kleinverkehr überhaupt nicht mehr in Zahlung genommen werden. Die deutsche Reichsmark wird am 1. Februar 1924 nach Einführung der endgültigen Währung aus dem Verkehr genommen.

Nachlassen der Kontrakte.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes ist die Zahl der Kontrakte in Deutschland vom Monat September gegenüber dem Monat August um 13 auf 9 gesunken. Da im Jahre 1918 die deutsche Geschäftswelt in jedem Monat rund 816 Kontrakte anmeldete, kann ruhig gelagt werden, daß unter Auswirkung der Inflation Deutschland ein Land geworden ist, in dem die Geschäfte so gut wie gar nicht mehr fallieren. In Wirklichkeit ist aber der Rückgang der Kontrakte ein bedrohliches Zeichen der erkrankten Wirtschaft, in der der Umkehr von Tag zu Tag zurückgeht und der notwendige Gewinn durch Erhöhung der Profitrate herausgewirtschaftet wird.

Vermischte Nachrichten.

Zeitsnahme einer Großdiebesbande. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Diebesbande von 20 Mann hinter Schloß und Riegel zu bringen, die in der Neujahrsnacht d. J. eine von den beiden Boxerfiguren auf dem Fehrbelliner Platz gestohlen hatten und auf der Station Glöwen der Berlin-Hamburger Bahn Hunderten von dort zur Reparatur aufgeführten Eisenbahnwagen aller Metallteile beraubten. Dem Eisenbahnfiskus sind dadurch Verluste von Billionenwerten entstanden. Haupttäter waren ein Fritz Böhlke und ein August Rohfs. Beide, gewerbsmäßige Metalldiebe, hatten ein Auge auf die Boxergruppe geworfen. In der Neujahrsnacht kamen sie mit ihrem Anhang, sagten einen zwei Zentner schweren Boxer ab, zerfleierten ihn zu Hause und verkauften ihn als Almetall. Sehr enttäuscht waren sie, als sie wieder kamen, um auch den anderen Boxer zu holen, ihn aber nicht mehr vorfinden, da ihn der Magistral hatte in Sicherheit bringen lassen. Dann machten die beiden Streifzüge in der Umgegend von Groß-Berlin. In den Stadtbahnwagen war kein Griff und keine Klinke vor ihrer sicher. An einem Orte montierten sie eine ganze Lokomotive ab. Das Hauptarbeitsfeld der Bande war die Station Glöwen an der Berlin-Hamburger Bahn. Hier stehen auf toten Gleisen immer Hunderte von Eisenbahnwagen, die nach und nach in die Reparatur gebracht werden. Ein paarmal in jeder Woche machten Böhlke und Rohfs dorthin ihre Ausflüge und unterzuchten die Wagen so genau, daß von ihren Metallteilen nicht viel mehr zurückblieb. Die Geschäfte gingen so gut, und waren so lohnend, daß die Hauptdiebe nach und nach auch andere Leute als Träger mitnahmen. Diese überzeugten sich dann bald, daß die Metallstücke in Glöwen ziemlich leicht und ungefährlich waren, machten sich „selbständig“ und zogen nun wieder mit anderen Helfershelfern, Verwandten oder Bekannten, ebenfalls hinaus. So entstand den Urhebern eine bedeutende Konkurrenz, dem Eisenbahnfiskus aber ein Verlust von Billionenwerten. Das gestohlene Gut, nicht nur Metall, sondern auch Stoffe und Leder von den gepolsterten Bänken wurde überall an Altwarengeschäfte verkauft.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapic.

22. Fortsetzung.

An einem Donnerstag im Dezember, im vierten Monat ihrer Schwangerschaft, verblüffte ein mit Regen vermishtes Schneetreiben Paris vom Morgen bis zum Abend. Während des ganzen Tages übten Kinder in der ersten Etage ihre Klavieraufgabe und wiederholten über hundertmal das nämliche klassische Stück, zu dem man den bekannten Text singt:

„Papa, die kleinen Schiffe,
Die auf dem Wasser gehn,
Sag', haben die denn Beine?“

Es war eine unerklärliche Erscheinung, daß Sulette bei dieser Musik große Nervenschwäche überkam; sie hätte vor Kummer und Müdigkeit am liebsten geweint.

Am Abend, als sie bei Schluß des Diners sich über den Tisch beugte, um eine Kompositischele zu entfernen, erhob sich der Arzt vom Stuhl und brachte seine Kasse fast mit der Wange Sulettes in Berührung.

Einen Augenblick später, im Salon, schrie er Frau und Sohn an:

„Da haben wir's. Sie ist schwanger! ... Man sieht's ihr schon an! ... Euch soll der Teufel holen!“

Frau Leroy war mit einem Satz in der Küche, packte Sulette am Arm und richtete, ohne ein Wort zu sagen, mehrere Male ihre zornig-roteten Augen bald auf die von braunen Flecken gezeichneten Wangen, bald auf den leicht veränderten Körper. Dann schrie sie über und über vor Empörung:

„Unglückselige! Ich habe Sie noch so gewarnt! ... Ich werde Sie hier keine vierundzwanzig Stunden mehr behalten ... ein solcher Skandal kann in einem ehrbaren Hause nicht geduldet werden.“

Dieser unerwartete Schlag traf Sulette schwer; in einem Augenblick, wo niemand von ihr etwas würde wissen wollen, sollte sie aufs Pflaster geworfen werden. Ein unverständliches Stammeln, dann die schwebe: „Gnädige Frau, jagen Sie mich nicht fort, ich will meine Arbeit bis zum letzten Augenblick ebenso gut machen, dann werde ich mein Kindchen zu meiner Mutter aufs Land schicken.“

Frau Leroy hatte für diesen ungeheuerlichen Vorstoß nur ein hochmütiges Lächeln und wollte sich entfernen, ohne sie nur einer Antwort zu würdigen. Sie begann sich aber, als sie das plötzlich veränderte Gesicht Sulettes mit dem Ausdruck einer wilden Energie sah, rasch eines andern.

„Gut, ich werde die Entschädigung ausrechnen und meinen Mann fragen. Aber es läßt sich nicht mit meinen Grundrissen vereinen; ferner ist es nötig, daß Sie mir einen Brief, z. B. mit

dem Bekenntnis schreiben, daß Sie Beziehungen zu einem jungen Mann aus Ihrem Dorfe gehabt haben und mich bitten, Sie trotz Ihrer Verfehlung zu bestrafen. Verstehen Sie? So wird es mir wohl leichter gelingen, den gnädigen Herrn mich zu stimmen.“

„Ja, gnädige Frau, ich schreibe gleich,“ sagte Sulette eingeschüchtern.

Der eilige Regen schlug ununterbrochen gegen die Scheiben der Küche; nach der Unterbrechung, die das Diner veranlaßte, spielte das Piano von neuem die Melodie „von den kleinen Schiffen.“

Zwei Tage danach ging Frau Leroy schon frühmorgens aus. Bei ihrer Rückkehr wendete sie sich an Sulette, welche im Salon Staub fegte:

„Der Herr ist unerbittlich,“ sagte sie barsch, mit stolzer Miene, in feindseligem Tone; „Sie müssen sofort gehen, ich bringe Ersatz mit, Ihren Wochenlohn sollen Sie bekommen.“

Eine heftige Herzbelemmung ließ Sulette erblasen, und im selben Augenblick fühlte sie zum ersten Male das Leben in ihrem Schoß sich regen. Ein animalisches Angstgefühl verbanderte sie, zu sprechen, sie ließ nur ihre traurigen, verflörten Augen durch das Zimmer schweifen. Erst streifte sie die majestätische Erscheinung der Frau Leroy; nun erkannte sie sich in dem Spiegel über dem Kamin kaum noch wieder, so war sie gealtert, elend, häßlich geworden. Schließlich erblickte sie auf der Schwelle des Salons, an der Stelle, wo Albert sie niedergeworfen hatte, ein sehr junges, hübsches und frisches Mädchen, der helle Sonnenschein durchflutete den Salon und glänzte auf ihrem kastanienbraunen Haar.

Das neue Dienstmädchen stand lächelnd, die weißen Zähne zeigend, mit einem Ausdruck anbetungswürdigen Vertrauens, dicht bei den verträumten Palmen.

Sulette schloß ihren Koffer in den Korridor und stieg die Treppe hinauf, einen Wagen zu holen. Es war der vierundzwanzigste Dezember, das Wetter schön und sehr kalt. Als sie, vom Kutscher gefolgt, wieder heraufkam, fand sie ihren Sohn auf dem Koffer, alle Türen waren verschlossen, man vernahm keinen Laut. Die lautliche Anwesenheit des Vorjammers deutete wie ein zartes Gemisch von Bohnwachs, Aether und Vanille. Ein solcher Ausdruck der Erblichkeit ging von dem Teppich, den Tapeten, dem Kronleuchter des Entrees, den geschmückten Stühlen und der Kommode, selbst von der Stille und dem Halbdämmer aus, daß der Kutscher seinen Hut ehrfurchtsvoll abnahm. Er ging mit dem Koffer.

Sulette blieb einen Augenblick, heimlich ihr Geld durchzählend, zurück. In der Haltung einer verächtlichen Bettlerin, stand sie, gesenkten Hauptes, der Tiefe des Korridors zugewandt. Nichts. Sie entließ sich schließlich, zu gehen. Be-

vor sie schloß, richtete sie ihr gartes, gequältes, unglückliches Gesicht noch einmal, durch die halbhohe Tür, auf den Saloneingang.

Irgend ein Wort, gleichgültig von wem, wäre ihr eine endliche Wohltat gewesen. Noch auf dem Flur zögernd, stieg sie dann die Stufen, eine nach der andern, hinab; irgend jemand könnte vielleicht vorübergehen, der ein Wort zu ihr sprechen würde. Niemand. Sie verweilte noch unter dem Haustor, um umständlich nach ihrem Taschentuch zu suchen; ihre Augen wendeten sich bittend nach der Portiersloge. Hinter den Scheiben beobachtete sie der Beamte mit einem ungemein strengen Ausdruck.

Der auf dem Bod sitzende Kutscher nahm, im Begriff, den Koffer festzubinden, die Pfeife aus dem Munde und spuckte in der Richtung seines Fahrgastes aus. Sie hoffte noch, bereit, Tränen der Dankbarkeit beim geringsten Zeichen von Beachtung zu vergießen. Aber der Mann fing wieder, ganz mit dem Festbinden des Koffers beschäftigt, zu rauchen an.

Sulette setzte sich in die Droschke und lehnte den Kopf an die Scheibe, nach einmal fragend nach den Fenstern des Hauses empordrückend.

Eine alte Dame blieb mit ihrem Hunde, der ein dringendes Bedürfnis zu haben schien, stehen; sie sah zu Sulette hin, als ob sie dieselbe an dem Nüchternen des Vorganges teilhaben lassen wollte. Sulette versuchte, vor Kälte zitternd, die Hände über ihrem schmerzenden Körper angstvoll zusammengepreßt, munter zu lächeln, selbst von dieser ihr ganz und gar nicht zugehörigen Sympathie gerührt. Aber die Dame ignorierte entschieden ihre Teilnahme; sie wandte sich ausschließlich an das hartleibige Tier:

„Komme, gib dir Mühe, mein Lieb.“

Der Kutscher wußte, wohin er zu fahren hatte. Mit heftigem Gepolter führte der Wagen Sulette quer durch Paris.

XVII.

Die Agentur Bizon, Rue Saint-Antoine, beschäftigte sich speziell mit Dienstmädchen, die körperliche Gebrechen hatten, zu altersschwach oder zu häßlich, kurz irgendwie mit einem Schaden behaftet waren. Unter der einen Bedingung, daß sie im voraus bezahlen konnten, übernahm sie es, dieselben mit Wohnung und Essen zu versorgen und ihnen Stellen zu verschaffen.

Die philanthropische Agentur, bekannt wegen ihrer Spezialität minderwertiger, wohlfeiler Dienstboten, besaß eine sehr gemischte Klientel geiziger oder verschobener Leute, die sich aus den verschiedensten Klassen zusammensetzten. Und es gelang, die Invaliden, Quäligen, Alten, Krümmenbeinigen unterzubringen — aber man fand, um die Wahrheit zu sagen, niemals Abnehmer für die schwächeren Mädchen. Die Agentur ließ trotzdem diese letzteren unberücksichtigt, solange deren Ersparnisse reichten.

(Fortsetzung folgt.)

Ämlicher Teil

Abänderung der Ratssetzung für die Jahre 1923 und 1924.

(Gültig vom 24. Oktober 1923 ab.)

Lübeck, den 23. Oktober 1923.

- Kommission für Handel und Schiffahrt:**
 Senator Dr. Kalkbrenner, Vorsitzender.
 Senator Strack, stellvertretender Vorsitzender.
 Senator Gwers.
 Senator Henze.
 Senator Friedrich.
 Staatsrat Dr. Große.
- Staatskommissar für die Börse:**
 Staatsrat Dr. Große.
- Staatskommissar für die Deutsche Seewarte:**
 Senator Strack.
- Landesversorgungsamts:**
 Senator Löwig, Vorsitzender.
 Senator Bromme.
- Baubehörde:**
 Senator Dr. Stook, Vorsitzender.
 Senator Strack.
 Senator Bromme, Stellvertreter.
- Behörde für die Seefahrtsschule:**
 Senator Strack.
 Staatsrat Dr. Geise, Stellvertreter.
- St. Johannis-Jungfrauenkloster:**
 Senator Kulenamp.
 Senator Gwers. (7816)

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden die Preise für Gas, Strom und Wasser wie im a in jeder Woche festgesetzt.

Demgemäß betragen die vom 25. bis 27. Oktober d. J. für den rückliegenden Verbrauch zur Verrechnung kommenden Preise:

I. 1 cbm Gas	1 800 000 000
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom	4 200 000 000
1 Kraftstrom	2 800 000 000

III. 1 cbm Wasser

- A. in Lübeck:**
- für Haushaltungszwecke Mk. 1 200 000 000
 - für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbr. Mk. 2 400 000 000
- B. in Travemünde** 1 200 000 000
- IV. Für Wasser nach heizbaren Räumen monatlich:**
- Häuser mit Leitungen Mk. 1 800 000 000
 - Häuser ohne Leitungen „ 600 000 000

Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.

Bei Ueberschreitung der Zahlfrist von 3 Tagen ist ein Zuschlag zur Rechnung von 8000 Mk. für jede angefallene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 5 600 000 000 Mark zu zahlen.

Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 22. Dezember d. J. sind am Donnerstag und Freitag dieser Woche vormittags in allen Verkaufsstellen zu haben.

7815) Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 25. Oktober 1923:

- a) **Einzelfahrtscheine:**
- bis zu 2 Zonen M. 600 Millionen
 - für 3 und 4 Zonen 1200
 - für 5 und mehr Zonen 1600

- b) **Monatskarten:**
- bis zu 2 Zonen 2mal Fahrt M. 34400 Millionen
 - 4mal Fahrt 64000
 - für 3 u. 4 Zonen 2mal Fahrt 50400
 - 4mal Fahrt 95000
 - für 5 u. mehr Zon. 2mal Fahrt 85600
 - 4mal Fahrt 125000

Als zweite Nachzahlung für Monatskarten ist bis zum 25. d. Mts. an unsere Hauptkassa Mengstraße 25, Zimmer 3 zu leisten:

- bis zu 2 Zonen 2mal Fahrt M. 6400 Millionen
- 4mal Fahrt 12000
- für 3 u. 4 Zonen 2mal Fahrt 9500
- 4mal Fahrt 18000
- für 5 u. mehr Zon. 2mal Fahrt 12500
- 4mal Fahrt 24000

Karten, für welche die Nachzahlung nicht erfolgt, haben ab 27. d. Mts. keine Gültigkeit.

c) **Jugendfahrtscheine:** je 400 Millionen Mark.

d) **Gepäckzettel und Hunde:** 800 Millionen Mk. Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 30 sind bis einschl. 26. Oktober 1923 gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkassa, Mengstraße 25, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Meckstraße Nr. 49a oder durch Brief.

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkassa Mengstraße 25, Zimmer 3 gegen Serie 1 zu erfolgen.

Lübeck, den 24. Oktober 1923. (7818)

Städtische Betriebe.

Bekanntmachung.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Altersgeldempfänger erhalten eine zweite Zwischenzahlung für den Monat Oktober 1923. Diese Vorauszahlung erfolgt am

Donnerstag, den 25. Oktober 1923 von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags

im Versorgungsamt Lübeck, Hackenburger Allee 31, und zwar nur für diejenigen Empfänger, die ihre Karte bisher vom Reichhalter des Hauptpostamts Lübeck abgeholt haben.

Die Auszahlung erfolgt nur gegen Vorzeigen der Stammlistenansweise. Lohnausfall kann nicht geltend gemacht werden. Wechselgeld, und zwar kleine Geldstücke 1 Million, ist mitzubringen und bei Auszahlung bereitzuhalten.

Diejenigen Empfänger, die ihre Versorgungsgebühren durch die Postagenturen des Hauptpostamts Lübeck erhalten, bekommen die erwähnte Zwischenzahlung durch Bekanntweisung zugestellt.

Den Inhabern von Bank- oder Postcheckkonten wird diese Nachzahlung mit der Novemberzahlung zusammen auf ihr Bank- bzw. Postcheckkonto überwiesen. Desgleichen denjenigen Versorgungsberechtigten, denen die Versorgungsgebühren bisher durch die Post ins Haus gebracht worden sind.

Lübeck, den 24. Oktober 1923 (7821)

Versorgungsamt Lübeck.

Öffentliche Zustellung.
 Ehefrau Hedwig Wohlgemuth, geb. Guberian, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwältin Dr. Benba, Dr. Hoffmann, Gwers, Dr. Risse, Lübeck, klagt gegen Maschinenbauer Wilhelm Wohlgemuth, unbekannt Aufenthalts, mit Antrag, Ehe der Parteien zu scheiden. Klägerin ladet

Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht Lübeck, Zivilkammer I, auf 13. Dezember 1923, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, sich durch einen beim genannten Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Lübeck, den 22. 10. 23. Gerichtsschreiber des Landgerichts (7808)

Nichtamtlicher Teil

Nachruf.

Nach längerem Leiden verschied am 23. Oktober d. J. unser

Techn. Inspektor Schmidt.

Seit 25 Jahren war er in unserer Wasserbauabteilung tätig.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen tüchtigen und unermüdeten Mitarbeiter, die Beamten und Angestellten beklagen den Tod eines treuen Kollegen und die Arbeiter einen gerechtfertigten, fürsorglichen Vorgesetzten. Ein ehrendes Andenken ist dem Entschlafenen für alle Zeiten gesichert. (7817)

Lübeck, den 24. Oktober 1923.

Die Baubehörde.

Zum 1. November:

Zeitungs-Austrägerin

für Bezirk Mühlentor

bei gutem Gehalt gesucht.

Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“.

Zum 1. November:

Zeitungs-Austrägerin

für Seeretz gesucht.

Geschäftsstelle „Lübecker Volksbote“

Zu melden bei: (7658)

Richard Sell, Seeretz, Schwarz. Str. 37

Zu tauschen 2-Zimmer-Wohnung mit 35 Ruten Land und Stall bei der Flughafen gegen größere 2- oder 3-Zimmer-Wohnung. (7814)

Uhren
 Alle Waren auf Teilzahl
 H. Schultz, Johannisstr. 23

Kachelofen
 zu verkaufen. (7822)
 Gartenstraße 29.

Tausche Kinderwagen
 gegen Lebensmittel.
 B) Dornstr. 26 a. I.

Brennherde gegen Karzissen
 zu tauschen.
 7825) Grödenstr. 27c.

Wer tauscht Kartoffeln
 gegen Dam.-B.-Mantel.
 Ang. u. 6 400 a. d. C. (7824)

Geb. j. Frau empfiehlt
 sich für Kindergarderobe u. Stickarbeit außer dem Hause. Ang. unt. 6 399 an die Exp. d. Bl. (7810)

Ein Koc mit Inhalt verloren.
 Gegen Bel. abg. (7823) Obernave 21/3.

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 30 Pf. Buchhandlung des Lübecker Volksbotes, Johannisstraße 46.

Bekanntmachung!

Die Arbeiterschaft unseres Betriebes hat heute erneut, trotz stattgehabter Verwarnung, während der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt und sich vor dem Geschäftszimmer des Arbeiterrats versammelt. Da derartige Demonstrationen mit einer geordneten Betriebsführung unvereinbar sind, sehen wir uns gezwungen, den Betrieb mit dem heutigen Tage vorläufig vollständig zu schließen und sprechen hiermit die Entlassung unserer gesamten Arbeiterschaft mit Ausnahme der Schwerbeschädigten aus.

Auszahlung der Restlöhne sowie Aushändigung der Entlassungspapiere erfolgt am Freitag, dem 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshause.

Lübeck, den 23. Oktober 1923. (7820)

Schiffswerft Flender.

28 500

Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck

lesen den

Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des A.D.G.B., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den

„Lübecker Volksboten“

Simerbier.
 Donnerstag v. 4-6 Uhr.
 7811) Brauerei Stamer.

Anzeigen,
 die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
 Johannisstr. 46.

Wutlauf u. Gold- und Silber-Bruch,
 Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfeling
 32) Holstenstr. 32)

Prima Kernleder-Sohlen.
 26 Beckergrube 26. (7634)

Visitenkarten
 werden in modernster Ausführung angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**

Verkehrs- u. Vergnügungs-Anzeigen
Ublershorst. Jeden (7808) **Ball.** Donnerstag

Hedermans
 8 Uhr.
 7778)

Trocadero.
 Schüsselbud. 4. F. 787
 Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Glimmungs-Konzerte.
 7805)

Hansa-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Die rote Kabe.
 Operette in 3 Akten von Karl Hajós.
 7807)

Stadttheater Lübeck.
 Donnerstag, 7.30 Uhr:
 Klarifas halbes Herz
 Freitag, 7.30 Uhr: (7813)
 Die tote Stadt.

Alt-Eisen, alte Maschinen
 Dampf-, Dampf-, i. Art
 Duf- u. Schmiedeeisen,
 Epäne, Schmelz-
 Gußbruch.

Alt-Metalle,
 Kupfer,
 Messing, Zint
 Blei, Stanniol,
 Epäne

Leon Lissianski,
 Kanalstr. 21 Obertrave 19.
 Großhandl. Fernspr. 876. Großhandel.

Papier
 laufe ab jed. Ort
 jeden Boiten. — Beste
 Abzugsquelle für Pänd-
 ler, Klempner, Schmiede.
 Fabrikationsbetriebe.

7801

Speisekarten
Weinkarten
 für Hotels und Restaurants
 vorrätig und in jeder Stückzahl
 zu haben.
 Buchhandlung
Lübecker Volksbote,
 Johannisstraße 46. 18

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 24. Oktober.

Vom Bauern.

Die Bauern ziemlich einfach waren
 Noch kürzlich in vergangen Jahren.
 Gerechtigkeit war bei den Bauern,
 Als sie entflohen der Städte Mauern.
 Der Bauer jetzt das Stadtvolk lehrt,
 Wie er in Boshheit wird gemehrt:
 Von den Bauern kommt jetzt aller Schund,
 Sie haben täglich neuen Fund,
 Keine Einfalt ist mehr in der Welt,
 Die Bauern reden ganz voll Geld;
 Sie speichern Wein und Meizen auf
 Und andres, und erschwer'n den Kauf,
 Und machen es so lange teuer,
 Bis Blitz und Donner kommt mit Feuer,
 Und ihnen abbrennt Korn und Scheuer!

Sebastian Bract, 1494.

Dies Gedicht aus dem Mittelalter beweist, daß auch schon früher Zustände waren, wie wir sie heute zu vorzeichnen haben. Wir wünschen aber nicht, daß Korn und Scheuer durch Feuer zerstört werden, sondern wir wollen eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen. Vor allem brauchen wir andere Währungsverhältnisse, damit der Arbeiter und der Bauer wertbeständiges Geld in die Hände bekommen.

Die Lage in Lübeck.

Das Stadtbild ist gegenwärtig belebter als sonst. Die große Anzahl Erwerbsloser wurde gestern noch vermehrt durch die Auslieferung in der Flederwerft. Heute sind auch noch die Metallarbeiter dazu gekommen. Die allgemeine Forderung geht auf die Bezahlung nach Goldlöhnen. Will man den Arbeitern verdanken, endlich nach denselben Grundsätzen bezahlt zu werden, die sich die Geschäftswelt seit Jahr und Tag zu eigen gemacht hat. Man schaue sich einmal die Schaufensterauslagen an. Fast überall sind an Stelle der vielen Nullen wieder kleine Zahlen getreten: 1,80, 2, 5, 12 usw. Der Multiplikator an einer anderen Ecke sagt dann, was diese Zahlen aus dem kleinen Einmalteins bedeuten. Sie bedeuten, daß es dem Verbraucher bei seiner kümmerlichen Bezahlung einfach unmöglich ist, das ihm Fehlende zu kaufen. Bei den Lebensmitteln ist es ebenso. Das Brot kostet heute 5 Milliarden, ein Pfund Margarine 8,5 Milliarden, ein Pfund Ösenfleisch 4,6 und mehr. Schweinefleisch 3,7 Milliarden. Und das Gas wird vom 25. Oktober ab mit 1,8 Milliarden pro Kubikmeter berechnet. Was Wunder, wenn der Unmut bis zur Siedehöhe steigt!

Das war gestern insbesondere bei den über 5000 Erwerbslosen der Fall, als sie im Kolosseum ihre lange Unterstützung erwarreten. Der Senat hat dann beschlossen, den ledigen Erwerbslosen einen Gutschein für ein Brot, den Familienvätern zwei Gutscheine zu verabfolgen. Im übrigen hat auch der Senat dringliche Vorstellungen beim Reichsarbeitsminister erhoben, um die Erwerbslosenunterstützung einigermaßen den neuen Verhältnissen anzupassen. Und vom Lübeckischen Gesandten in Berlin ist bereits berichtet, daß eine Anweisung des Reichsarbeitsministers zu erwarten ist; noch in dieser Woche eine erneute Zahlung vorzunehmen. Vom Senat sind auch Verhandlungen eingeleitet worden, um auch den Kleinrentnern und Sozialrentnern über die gegenwärtige schwere Notlage hinwegzuhelfen.

Es wird allerhöchste Zeit, daß die äußersten Mittel angewandt werden, um der schreienden Not Einhalt zu gebieten. Es muß gehandelt, ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen werden, um endlich eine Preiskontrolle durchzuführen. In Berlin wurde, um die Brotkammer zu unterbinden, die Brotkarte wieder eingeführt. Vor allem aber auch ist es notwendig, daß der Kartoffelbesitz eine mehr Beachtung bekommt, ehe die Preisperiode eintritt und die Zufuhren unmöglich werden. Nicht zu vergessen ist dabei, der Preis der Kartoffeln. Nach der heutigen Lage sind sie nicht zu bezahlen. Und die Kartoffeln sollen doch den knurrenden Magen füllen und uns über die schwerste Zeit hinweghelfen.

Streit der hiesigen Metallindustrie.

Die katastrophale Entwertung unserer Mark hat es mit sich gebracht, daß die hiesige Arbeiterchaft in eine Notlage gekommen ist, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann, da die Preise sich unheimlich schnell dem Dollarstand angepaßt haben, während die Löhne weit zurückblieben. Deshalb war schon bei den letzten Lohnverhandlungen beantragt worden, die Löhne endlich nach Gold zu berechnen, weil eine andere Möglichkeit, die Lebenshaltung zu sichern, nicht besteht. Seitens der Arbeitgeber ist ein solches Verlangen immer abgelehnt worden, trotzdem die Berechtigung der Forderung nicht bestritten werden kann. Als nun die Verhandlungskommission der Metallindustrie, Gruppe 3, gestern zur Verhandlung ging, hatte sie den Auftrag, einen Goldlohn von 60 Pfennig, also gewiß eine bescheidene Forderung, zu stellen. Die Arbeitgeber erklärten, zurzeit hierauf nicht eingehen zu können, erst wenn die Rentenmark zur Ausgabe kommt, sei die Möglichkeit gegeben, zur Goldrechnung überzugehen. Diese Behauptung ist natürlich nicht richtig. Es gibt in ganz Deutschland keine Ware mehr, die nicht ausschließlich nach Gold gehandelt wird, nur die Ware Arbeitskraft soll nach Papier entlohnt werden. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, wird von niemandem ernstlich bestritten werden können. Das Angebot der Arbeitgeber ging dahin, daß für die zurückliegenden letzten 16 Stunden eine Nachzahlung in der Höhe von 1 250 000 000 M. pro Stunde geleistet wird. Der neue Lohn wurde auf 3 Milliarden festgesetzt. Er sollte dadurch wertbeständig gemacht werden, daß der Zwischenindex, der am Donnerstag veröffentlicht wird, voll zur Anrechnung kommt, außerdem sollte eine dreimalige Lohnzahlung in der Woche stattfinden.

In einer stark besuchten Versammlung nahmen die Metallarbeiter zu diesem Angebot Stellung und wurde daselbe einstimmig abgelehnt und gefordert, unter allen Umständen an den Goldlöhnen festzuhalten. Bevor diese Frage nicht endgültig gelöst sei, soll die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. Hoffentlich kommen die Arbeitgeber recht bald zu der Einsicht, daß die bisher getriebene Lohnpolitik nicht fortgesetzt werden kann, weil sonst notgedrungen das ganze Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß.

Daß die Arbeitgeber teilweise recht wenig Verständnis für die Lage der Arbeiter haben, geht auch daraus hervor, daß die Direktion des Flederwerkes kurzerhand ihren Betrieb geschlossen hat. Als Grund gibt sie an, daß sie die Demonstrationen der Arbeiter auf ihrem Wert nicht ertragen kann. Wir glauben gern, daß es den Betriebsleitungen unangenehm ist, wenn ihre Belegschaft sich gegen die ungenügende Entlohnung aufbäumt. Richtiger wäre es aber, wenn sie sich dafür einsetzen würde, daß eine bessere Entlohnung der Arbeiter stattfindet, damit derartige Demonstrationen unnötig sind. Wie es mit der Entlohnung der Werftarbeiter aussieht, ist ja bekannt, sie gehören zu den schlecht bezahltesten Arbeitern überhaupt. Besonders traurig macht sich diese Tatsache bei den ungelerten Arbeitern bemerkbar, die außerordentlich niedrig entlohnt werden. Hierzu kommt, daß die Werftarbeiter Schießsprüche, die gefällt werden, einfach nicht anerkennen und von sich aus die Löhne diktieren, so auch das letztemal, wo durch Diktat der Werftarbeiter Lübeck einfach in die 2. Ortsklasse gedrückt wurde, also ein glatter Tarifbruch verübt wurde. Daß ein solches Vorgehen Erbitterung hervorruft, ist selbstverständlich, und es ist durchaus verständlich, wenn die Arbeiter hiergegen demonstrieren, eine andere Mäßigkeit, ihren Gefühlen Ausdruck zu geben, haben sie ja gar nicht. Wir hoffen bestimmt, daß die maßgebenden Instanzen sich dafür einsetzen werden, daß derartige Betriebsstilllegungen seitens der Unternehmer unmöglich gemacht werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
J. A. Ad. Löwig.

Abend. 8 Uhr. 8 Uhr. Freitag abend 6 Uhr
Sitzung im Rathaus. Erscheinen Pflicht.

Warum in Lübeck um über 50 Proz. höhere Milchpreise? Im Norden ist heute die Welt nicht bange. Der Milchpreis wurde in Lübeck auf 1,2 Milliarden festgesetzt, in Hamburg beträgt er nur 760 Millionen. Nach dem „Hamb. Fremdenbl.“ hat der Großhandel am Montag keine Notierung vorgenommen, wahrscheinlich infolge der unruhigen Lage und der geringen Anlieferung. Infolgedessen konnte auch der Kleinhandel keinen Preis festsetzen. Die Folge ist, daß bis Freitag keine Butter am Markt — und die bedauernden Ledermäuler Margarine essen müssen. Das sieht uns aber wenig. Mehr interessiert es uns, den Grund zu wissen, warum in Lübeck für Milch 440 Millionen Mark mehr bezahlt werden müssen. Wir sind tatsächlich begierig darauf.

Die Goldmarkrechnung. Täglich werden uns Rechnungen zur Verfügung gestellt, die auf Goldmark lauten. Alle möglichen Firmen sind es, die ihre Waren oder Leistungen in Goldmark in Rechnung stellen. Gewöhnlich sind diese Rechnungen nach dem amtlichen Kurs des dem Zahlungstage vorangehenden Tages zu berechnen. Einzelne Firmen aber haben noch eine „verbesserte“ Zahlungsweise eingeführt. Der amtliche Kurs des Vortages gilt nur bis 12 Uhr. Dann wird der Preis des darauffolgenden Tages berechnet. Wir verstehen nicht die Schwierigkeiten, die die Geschäftsbetriebe bei der Rechnungstellung haben. Aber wer soll noch eine Rechnung bezahlen können, die bei den heutigen Kursen an einem Tag aufs vierfache steigt? Steigen denn auch die Einkommen? Wer gibt den Arbeitern Goldmarklöhne? Und wenn der Arbeiter auch nach der Goldparität seinen Wochenlohn ausbezahlt bekäme, was soll er mit dem Geld nach drei Tagen anfangen? Und wie soll er mit seinen entwerteten Lappen Goldmarkrechnungen bezahlen? Zahlungsmittelreform! Lohnreform!

Zur Schwedentronenanleihe Lübecks erfahren wir, daß die Lübeckische Finanzverwaltung sich deshalb für die schwedische Krone als Wertmesser entschieden hat, weil der Wert der schwedischen Krone bei den engen Handelsbeziehungen Lübecks zu Schweden in allen Handelskreisen Lübecks wohl bekannt ist, und insbesondere, weil die schwedische Währung in den letzten Jahren durchaus stabil geblieben ist. In letztgenannter Hinsicht unterscheidet sich die schwedische Währung in vielen anderen Ländern, wo der Krieg und seine Folgen sich geltend gemacht haben. Auf der Grundlage geordneter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse im Lande und dank einer klugen Währungspolitik der schwedischen Reichsbank hat sich die schwedische Krone als mehr stabil erwiesen als selbst das englische Pfund. In Schweden besteht die Goldwährung wie in Deutschland vor dem Kriege mit der Wirkung, daß die Banken Forderungen ohne weiteres in Gold begleichen. Der Zeichner der Anleihe hat also die Gewähr, daß er später für Kapital und Zinsen den vollen Goldwert wieder erhält. Sehr beachtlich ist die Bestimmung, daß bis 12 Uhr mittags zum amtlichen Hamburger Kurs des betreffenden Tages gezeichnet werden kann, während die Einzahlung des gezeichneten Betrages erst am folgenden Tage bis 11 Uhr vormittags zu erfolgen braucht. Kaufleute sind dadurch in die Lage versetzt, bis 12 Uhr mittags Beträge wertbeständig anzulegen, deren Eingang sie erst im Laufe des Nachmittags oder in den ersten Stunden des folgenden Tages erwarten. Die Kronenanleihe soll Groß- und Kleinkapitalisten Gelegenheit geben ihre Kapitalien, soweit sie sie in der nächsten Zeit nicht anderweitig gebrauchen, in ihrem Werte zu erhalten. Darüber hinaus werden aber vielleicht die Anleihehände ein beliebtes Austauschmittel für Waren bilden können, solange es an genügend wertbeständigen Zahlungsmitteln mangelt. Der Landwirt, der heute seine Kartoffeln gegen Möbel oder andere häusliche Produkte austauscht, weil er die Papiermark wegen ihrer drohenden weiteren Entwertung meidet, wird vielleicht geneigt sein, seine Waren gegen Anleihehände abzugeben, die auf den Wert eines so guten Geldes lauten, wie das die schwedische Krone ist. Was die Sicherung des Zinsendienstes der Anleihe seitens der Lübeckischen Finanzverwaltung betrifft, so werden zurzeit alle Steuern, Abgaben und Gebühren wertbeständig gemacht, nachdem das Reich seine bisherige Zurückhaltung aufgegeben hat. Wollig auf Goldbasis sind bereits die Schiffsabgaben gestellt, und zwar ist das Hafengeld, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, in ausländischen Zahlungsmitteln zu entrichten, nämlich in schwedischen, dänischen oder norwegischen Kronen, in Finnmark oder in englischen Pfunden. Das hat für die Staatskasse den Vorteil, daß sie in beschränktem Umfange statt der Papiermark, die meist am Tage nach der Einzahlung bereits entwertet ist, Zahlungsmittel bekommt, die ihren vollen Wert behalten.

Unveritätswoche.

Grundzüge lübisch-hansischer Geschichte.

Der Vortragende, Prof. Dr. Rözig, ging aus von der üblichen Vorstellung, daß das sogenannte Mittelalter eine Einheit gebildet habe, und wies demgegenüber darauf hin, daß für die norddeutschen Völker die entscheidende Zäsur dieser Geschichte mitten in diesem sogenannten Mittelalter liegt. Denn wenn die Kulturgeschichte namentlich des deutschen Volkes bis rund um das Jahr 1100 nur ein Auslingen spätantiker Kulturelemente bedeutet, so setzt rund mit dem Jahre 1100, mit dem Auftreten eines seiner eigenen Kraft bewußt werdenden Bürgertums, eine vollkommen neue, bodenständige Eigenkultur ein. Im Augenblick, als dieses Bürgertum zur Vollkraft erwacht, greift es selbst zur Neuanlage städtischer Siedlungen und neben Freiburg im Breisgau und Wien, ist Lübeck die kraftvollste Schöpfung dieser neuen Kulturbewegung.

Lübecks Gründung bedeutet den Beginn eines großen wirtschaftlichen Programms, das in der Gründung von Wisby auf

Gotland und den baltischen Städten seinen vorläufigen Abschluß findet. Damit hatte sich der deutsche Kaufmann in die monopolartige Beherrschung der russischen Waren und auf sie gestützt, war es ihm möglich, im übrigen Nordeuropa, in Flandern so gut wie in England, sich eine führende Stellung im Handel zu sichern. Verschiedene Vorstöße des dänischen Imperialismus, der die hansische Marktstellung an ihrer empfindlichsten Stelle bedrohte, wurde zurückgewiesen und 1371, dem Jahre des Stralsunder Friedens, war der höchste Höhepunkt hansischer Marktstellung erreicht. Die Kräfte, die hinter all diesem standen, waren jenes Bürgertum, das als waghende Unternehmer Städte gründend in das Ostseegebiet eingedrungen war. Mut, Initiative, Fähigkeit aus großen Zusammenhängen zu handeln, das waren die hervorsteckendsten Eigenschaften dieses Bürgertums und seine politische Leitung, die autonomen Stadträte erwiesen sich dank ihres Verantwortlichkeitsgefühls, das durch die Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Leitung entstand, fähig zu den höchsten Erfolgen diplomatischer Führerschaft.

Die spätere Zeit der Hanse zeigte andere Züge. Man hatte mehr errungen, als wozu eigentlich die Marktmittel reichten und deshalb ging man zu einer defensiven Wirtschaftspolitik über, die in der Ausbildung der „geschlossenen Stadtwirtschaft“ ihren charakteristischsten Ausdruck fand. Das Verhängnisvolle war nur, daß jetzt die Interessen der einzelnen Stadt stärker betont wurden, als die der Gesamtheit der hansischen Städte. Bereits machte sich daher eine Gegenständigkeit der Interessen innerhalb der hansischen Städte bemerkbar und dazu kam die Machtverschiebung in Nordeuropa. Überall bildeten sich Nationalstaaten, denen gegenüber die deutschen Städte bei dem Fehlen einer Zentralgewalt machtlos waren. Das Eindringen der Holländer in die Ostsee untergrub dazu die eigentliche Grundlage hansischer Macht; ihre Privilegien in den nordischen Ländern wurden befristet.

Im Innern Deutschlands zwangen nunmehr die aufkommenden Territorialfürsten eine Hansestadt nach der andern unter ihre Macht, und lösten sie damit aus den bisherigen großen Zusammenhängen heraus. Ihr Bruch mit der alten hansischen Politik ermöglichte es Hamburg den Engländern, in Hamburg und darüber hinaus, im Innern Deutschlands festen Fuß zu fassen. Dazu umgingen die durch die kleinlicher werdende Handelspolitik Lübecks gereizten Nürnberger das hansische Wirtschaftsgebiet im Süden, jedoch nunmehr eine Ueberlandverbindung zwischen Rußland und den Niederlanden auf dem Wege Romno, Posen, Leipzig, Nürnberg hergestellt wurde. Die Konzentrierung des europäischen Welthandels auf dem Leipziger Brühl ist noch heute ein Zeichen dafür, daß die Hanse ihr altes Monopol im russischen Welthandel verloren hatte.

Zum Schluß wies der Redner auf die Tragik deutscher Geschichte hin, die darin liegt, daß im Augenblicke, wo in Deutschland so gut wie in Frankreich alle Voraussetzungen für eine kräftige politische Aufgestaltung der im Bürgertum neu gewonnenen bodenständigen Grundlage gegeben war, die deutsche Zentralgewalt, das Königtum, diesen Dingen verständnislos gegenüberstand und sich an der Idee des römischen Imperiums verblüdete. Denn was unter einem Otto I. Sinn gehabt hätte, in einer ohnehin von spätantiken Idealen beherrschten Welt, hatte Lebensfähigkeit und damit innere Berechtigung verloren, als die Stunde des nationalen Eigenlebens der europäischen Völker gekommen war.

Wenn auch der Verlust an alter Großzügigkeit, der mit dem Niederkommen der deutschen Städte verbunden war, für die Weiterentwicklung der deutschen Geschichte aufs tiefste zu beklagen bleibt, so genügt jedenfalls die Tatsache lübisch-hansischer Geschichte, die Mär von der grundsätzlichen politischen Unfähigkeit der Deutschen zu zerstören.

Insbondere legte der Vortragende noch Wert darauf, die Entwicklung lübischer Kunstgeschichte in inneren Zusammenhang zu bringen mit den wirtschaftlichen und geistigen Wandlungen innerhalb der Stadt.

Die Söhne auf den Werften.

Nachdem der am 15. Oktober von dem Sonderprüfungsausschuß für die Sechiffswerften gefällte Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden ist, trat am Montag erneut ein Sonderprüfungsausschuß unter dem Vorsitz eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium zusammen zwecks Festsetzung der Werftarbeiterlöhne für die mit dem 22. Oktober beginnende Lohnwoche. Das Schiedsgericht ging in der Lohnfestsetzung wesentlich über die Hamburger Teuerungszahl, die bekanntlich 254 Prozent beträgt, hinaus und erhöhte die Löhne und Sozialzulagen um 400 Prozent. Der Spitzenlohn für die Handwerker, der zugleich auch Alltagsgrundlohn ist, beträgt nunmehr 1 Milliarde Mark pro Stunde. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer stimmte dem Schiedsspruch zu, während die Antwort der Arbeitgeber noch aussteht. Beide Parteien verständigten sich ferner darüber, daß sofort die Verhandlungen über wertbeständige Löhne wieder aufgenommen sind. Eine Besprechung hat bereits am Montag in später Abendstunde stattgefunden; die Weiterführung der Verhandlungen ist auf Donnerstag angesetzt worden.

Einschränkung der Eisenbahn-Personenbeförderung.

Der Reichsverkehrsminister kündigt an, der Personenzugfahrplan der Reichsbahn solle nach kaufmännischen Grundsätzen — keine Leistungen unter Selbstkosten — von Grund auf neu aufgebaut werden. Schlechtbesetzte Schnell-, Eil- und Personenzüge müssen wegfallen. Beschlagnahmte Personenzüge sollen möglichst beibehalten werden. Für den Ausflugsverkehr bestimmte Züge sollen nur an solchen Tagen abgefahren werden, an denen es der Verkehrsumfang wirtschaftlich rechtfertigt. In der Beistellung von Schlaf- und Speisewagen müssen Ersparnisse erzielt werden. Bei D-Zügen, die Nachmittags beginnen, oder die ihr Ziel im Laufe des Nachmittags erreichen, können Speisewagen am ersten entbehrt werden. Eine Herabsetzung der Fahrpreiskategorie für Züge wird in Frage kommen, wenn hierdurch erhebliche Verkehrsinteressen nicht wesentlich geschädigt, aber Ersparnisse an Zugförderungskosten erzielt werden können. Durch eine Einschränkung der Zahl der Aufenthaltorte können erhebliche Kosten im Kohlenverbrauch erspart werden. In dieser Richtung wurden in mehreren Bezirken schon beachtliche Erfolge erzielt. Die Betriebsführung auf den Nebenbahnen gestaltet sich vielfach besonders unwirtschaftlich. Es werden deshalb ebenfalls eingehender Nachprüfung bedürfen, um auch hier zu größerer Wirtschaftlichkeit zu gelangen. Hier müssen gegebenenfalls die Züge auf ein oder zwei Paare eingeschränkt werden; bei stärkerem Verkehr kann ein Pendelverkehr mit nur einer Lokomotive und einer Begleitmannschaft eingerichtet werden. Die Vorarbeiten für diese Betriebsumstellungen seien im Gange.

Altrentner und Dienstzeiterentempänger. Bis 31. März 1924 kann auf Antrag die Versorgung nach dem Altrentnergesetz erneut zugelassen werden, wenn die Verhältnisse sich wesentlich geändert haben. Versorgungsgebühren unter hunderttausend Mark werden bei gleichbleibenden fortlaufenden Zahlungen nur auf besonderes Verlangen und zwar dann für den Zeitraum

eines Jahres im Voraus gezahlt. Die Regelung kleinerer Beträge bleibt vorbehalten. Kapitulant mit mehr als 8 bezw. 18 Dienstjahren wird der Bescheid über erhöhte Bezüge demnächst zugestellt. Im Bedürftigkeitsfall kann Vorbeschuss gezahlt werden. Anträge sind an das Versorgungsamt Lübeck zu richten.

Verlegung einer Straßenbahnhaltestelle am Kohlmarkt. Im Einvernehmen mit dem Polizeiamt wird die Lübecker Straßenbahn ab 26. Oktober die Haltestelle für die Wagen der Linie 1 und 2 beim Kohlmarkt in der Breiten Straße, Richtung Geibelplatz, nach der Sandstraße 1/5 vor das Haus der Firma Aug. Haerder & Co. versuchsweise verlegen. Der dadurch ermöglichte Ein- und Ausstieg direkt vom und zum Bürgersteig verspricht für die Fahrgäste bequemer zu werden und eine erhöhte Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hg.-Nordamerika: Nagil, New York: D. Westphalia 25. 10., D. Resolvent 30. 10., D. Mount Clay 1. 11., D. Albert Wallin 8. 11., D. Thuringia 15. 11., D. Resolute 17. 11., D. Hansa 22. 11., Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Brasilia 26. 10., Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Fürst Bülow 9. 11. West-Nordamerika: D. Sachsen 27. 10., M. S. Isis 17. 11. Hg. Cuba, Mexico, Westindien: D. Admaral 3. 11., D. Gollatia 21. 11., D. Raines 26. 10., D. Stad 10. 11. Hg.-Südamerika, La Plata: D. Ostfriesland 30. 10., D. Teutonia 8. 11., D. Liguria 15. 11., D. Baden 28. 11. Brasilien: D. Antiochia 6. 11. Hg.-Asien: Engl. D. Gynon 27. 10., M. S. Rheinland 3. 11., Engl. D. Laomedon 10. 11., D. Saarbrücken 17. 10., Engl. D. City of Canterbury 24. 11.

Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungs-pflichtigen. Durch eine Verfügung des Reichsarbeitsministers wird die Verdienst- und Einkommensgrenze in der Krankenversicherung vom 22. Oktober ab auf 1200 Milliarden Mark festgesetzt und auf 1500 Milliarden Mark, soweit der Beschäftigungsort der Versicherungspflichtigen Personen im alt- oder neubesetzten oder in dem Gebiete liegt, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten. Voraussetzung für die Versicherungspflicht in der Unfallversicherung ist die Wirkung vom 1. Oktober, daß der Jahresarbeitsverdienst im unbesetzten Gebiet drei Billionen Mark, im alt- und neubesetzten und in dem Gebiet, in dem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, 3½ Billionen Mark nicht übersteigt.

Das dritte Quartal der Auslandschiffe. Die Freunde und Gönner Deutschlands im Auslande haben außer einer weitgehenden Aufrechterhaltung wiederum der allgemeinen Not unseres Vaterlandes gedacht und alle Wohlfahrtsstellen und Heime ausstehend bedacht. So wurden im dritten Quartal 1923 durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes allein in dem Bereiche der Provinz Schleswig-Holstein, des Freistaates Oldenburg, und der freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen folgende Spenden zur Verteilung gebracht: 70 Sack Mehl, 43 Sack Kleidung, 17 Koffel Viehesgaben, 2 Faß Kakao, 12 Sack Reis, 65 Kartons Apfelkuchen, 1 Sack Zucker, 67 Kisten Schmalz, 1 Kiste Schuhe.

Goldmarktpreise für Markenzucker. Das Nachrichten-Amt schreibt: Bei der ungeheuren Wertveränderungen der Mark ließ sich die bisherige Preisfestsetzung für Zucker nicht mehr durchführen, da dann keine Möglichkeit mehr gewesen wäre, das Kapital für weitere Zuckerproduktion aufzubringen. Man mußte, wie bei so vielen anderen Produkten auch beim Zucker auf Goldmarktpreise kommen. Die Umrechnung der Goldmark in Papiermark soll erfolgen auf Grund der amtlichen Dollarnotierung des Vortages, und zwar wird eine Goldmark gleich 1/4 Dollar gestellt. Bei der Donnerstag beginnenden Ausgabe ist der Kleinhandelspreis für den Markenzucker auf 25 Goldpiennig (2½ Milliarden! Red.) festgesetzt. Leider deutet dieser Preis noch nicht die tatsächlichen Verluste, der Handel trägt diesmal noch einen Teil der Geldentwertung, die sich in der Zeit seit Herausgabe des Geldes vollzogen hat. Um möglichst vielen (?) den Bezug des Zuckers zu ermöglichen, ist außerdem die Frist für Abnahme des Zuckers möglichst lang bemessen, nämlich bis zum 15. November.

Schalterdienststunden bei der Post. Vom Postamt wird uns geschrieben: Da das Publikum von der leidigen Gepflogenheit nicht abläßt, nur vor Schluß der Schalterdienststunden die Einzahlungen auf Postanweisungen und Zahlkarten zu bewirken, muß die Annahme dieser Sendungen abends von 6 Uhr auf 5 Uhr verfrüht werden. Das Postamt ist sonst nicht in der Lage, regelmäßig und ordnungsmäßig die Geldmassen nach Schluß der Schalterdienststunden aufzuarbeiten. Sollte diese Maßnahme auch noch nicht ausreichen, muß die Annahmestunde noch weiter beschränkt werden. — Notwendig ist aber auch, daß für den Briefmarktenverkauf bessere Vorkehrungen getroffen wird. Heute muß fast jeder lange Zeit verweilen, bis er eine Briefmarke erhalten kann. Ein weiterer Schalterverkauf wäre absolut nicht zu viel verlangt.

Hans-Theater. Eine Gesellschaft G. m. b. H. zeichnet verantwortlich für die rote Frage, deren Haarstrahlen in phosporisierenden sich die Künstlerität des Hans-Theaters bemüht. Drei Autoren strengen sich die Locken reich, um alte Bekannte in neue Gewänder zu fassen, ohne daß es den Dichtersingen gelang, bei dem Fabrikat das Merkmal des Massenartikels zu vermissen. Bei dieser Fabrikware stand auch der Komponist ziemlich ratlos, und man kann es ihm kaum verargen, wenn er die Noten auf's Fall unter sommerlichen Lüften hervorholte. Kein aufstrebend machender Geigenist durchdringt die Bar zur roten Frage, die sich der Regierungsrat a. D. zur Aufführung seiner Finanzen heimlich zugelegt hat. Das Drama und Drama dieser Schieberkammeroperette verflucht die hohle Gesellschaft bei Lampenlicht trotzdem nicht schlecht. Ein anspruchsloses Publikum verflucht sich häufig dabei und lacht sich gründlich aus. Wir sind eben bekümmert und bedenkenlos geworden, so harmlos vergnügt, daß ein simples Viechen und ein paar Seinerrentenungen Casapog-Besitztümer erzeugen. Ueber Unzulänglichkeiten und Langgezogenheit half das Künstlerdilemma hinweg. Vor allem Herrn Bahls als Professor, Reinhold Wolff als Regierungsrat, sowie deren Gesprächigen Mahinger-Stellung und Am Hofer. Die eigentliche Miese in der Bar zur roten Frage war Friedl Pils. Sie markierte die Schlußszenen rechtibel und piepiete auch wie eine gebestete Käsebin. Herrin Witt und Gerd Charlier wahren ihre Rollen lebhaft an. Auch die übrigen Mitwirkenden, Richard Kollis, Ricardo de Castro und vor allem Theodor Reichmann münden gut. Direktor Hans Armin ließ sich insbesondere die Ausstattung des Schwantes etwas kosten.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Fahrraddiebstahls wurde ein 15jähriger Arbeiter aus Odenort und ein Arbeiter aus Hellschlag festgenommen. — Wegen Einbruchdiebstahls wurde ein Handlungsgehilfe aus Neubrandenburg festgenommen, der einen in der Zierstraße wohnhaften Kaufmann diverse Kleidungsstücke gestohlen hatte. — In der Nacht zum 30. ds. Monats wurden Diebe des Lager eines in der Fährstraße wohnhaften Kaufmannes auf, in das sie mittels Einbruchs gelangten. Sie haben eine große Menge Schokolade und Cognac im Werte von mehreren Billionen. Es gelang, nicht allein den Haupttäter in der Person eines im Ellerholz wohnhaften Fischers festzunehmen, sondern auch das zum Teil veraltete Diebesgut wieder herbeizuführen. — Festgenommen wurde ein 23jähriger Handlungsgehilfe von hier, weil er einen Einwohner der Sehlitzstraße Garbinen, Kleiderstücke im Gesamtwerte von 100 Milliarden gestohlen hatte. — In diesem Falle gelang es, das Diebesgut wieder herbeizuführen. — Wirtlich Einbruch wurde aus einem Zigarrengeschäft der Schwannauer Allee eine größere Anzahl Zigarren, sowie verschiedene Sorten Zigarren, 12 Zigarettenkisten, 6 Tabakboxen, einige Zigarettenpfeifen, Kamischaf, Kaschabaf und 120 Bücher Zigarettenpapier gestohlen. — Einem in Genia wohnhaften Arbeiter wurden 20 Güter und einem hiesigen Landmann eine Sacke gestohlen, die auf einer Weidestoppel der Feldmark vorzude graste. Die Sacke ist an Ort und Stelle gefastet worden.

Sintwelle auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Beitragskassierer! Freitag, 7 Uhr: Sitzung im Sekretariat. Erscheinen Pflicht. Ferner müssen die Beitragsmarken für die zweite Hälfte dieses Monats in Empfang genommen werden. Gelebt werden für Männer 2 zu 20 Millionen und 1 zu 10 Millionen, für Frauen 5 zu 2 Millionen. Die eingenommenen Gelder müssen umgehend im Sekretariat abgeliefert werden. Der Vorstand.

Angrenzende Gebiete.

w. Pasingen bei Lübeck. Am Sonnabend sprach in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Parteisekretär Weich. Der Redner schilderte die Entwicklung der Außen- und Innenpolitik vom Antritt der Regierung Cuno, deren traurige Hinterlassenschaft zu liquidieren, dem deutschen Volke teuer zu stehen komme. In Bayern regiere die Reaktion und verollständige den Bruch mit dem Reiche. Die Geschlossenheit des Deutschen Reiches sei in Gefahr. Was die nächsten Tage bringen, liege noch dunkel vor uns. Die sozialdemokratische Partei, die feste Stütze der Republik, gelte es zu stärken. Trotz aller Not hat die Arbeiterklasse und mit ihr alle ehrlichen Republikaner die Pflicht, zusammenzustehen, um die großen Kämpfe der nächsten Zeit erfolgreich zu bestehen. Nach einer kurzen Ansprache, die das Einverständnis mit dem Referenten zeitigte, und nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende, Genosse Schumann, die Versammlung um 10¼ Uhr.

w. Girsbad. Der Sozialdemokratische Verein hatte seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung eingeladen. Dieser Einladung waren viele gefolgt. In einem 1¼stündigen Vortrag behandelte Genosse Wolf Lübeck, die Lage, in der sich das deutsche Volk, vor allen Dingen aber die Arbeiterklasse befindet. Der Vorsitzende, Genosse Ripke, und eine Anzahl anderer Genossen unterstützten die Ausführungen der Referenten und forderten die Genossen auf, tatkräftig für Partei und Arbeiterpresse zu werben. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten beschloß die interessante Versammlung.

Die Hamburger Unruhen.

Bisher 14 Tote, 108 Verletzte. Darunter 7 tote und 18 schwerverletzte Sicherheitsleute.

Hamburg, 23. Oktober. Die Unruhen des Montagabend ließen für den Dienstag nichts Gutes ahnen und die Gerüchte fanden am Dienstag in den ersten Morgenstunden ihre Bestätigung in wilden Schießereien, die in einzelnen Stadtteilen, wie Barmbeck, Eimsbüttel und Hamm ausgebrochen waren. Bewaffnete Arbeiter, Angehörige der sogenannten proletarischen Hundertschafften, hatten sich der Wachen zu bemächtigen versucht, zum Teil Erfolg gehabt, zum Teil aber auch stießen die Ueberfälle auf heftige Gegenwehr. Die Bevölkerung wurde in ungeheure Aufregung versetzt. Da sich die Feuergefechte von einem Straßenzug zum andern verschoben. — In Hamm, wo besonders am Louisenweg und an der Eisestraße es zu heftigen Schießereien gekommen war, verzogen sich die bewaffneten Zivilisten gegen 9 Uhr. Infolge der Zusammenstöße waren die meisten Geschäfte geschlossen. Die Straßenbahn hatte den Verkehr zum Teil eingestellt. Auch die Hochbahn begann erst gegen 10 Uhr wieder ihre Fahrten. In der Innenstadt, deren Zugänge durch Ordnungspolizei gesichert sind, blieb alles ruhig. Aber auch hier konnte man feststellen, daß manche Geschäftsinhaber ihre Läden geschlossen hielten.

Gegen 11 Uhr kam es auf dem Grobneumarkt, wo sich eine nach Tausenden zählende Menge gesammelt hatte, wiederum zu einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei. Schon zuvor hatte man das Geschäft des Warenhauses Wagner, Ecke Elbstraße und Neuer Steinweg, geplündert. Als die Ordnungspolizei zur Säuberung des Steinweges schritt, ergab sich für sie eine sehr schwierige Lage, da sie an Zahl zu gering war, um erfolgreich einschreiten zu können. Erst als Verstärkung eingetroffen war, konnte die Säuberung des Platzes und der angrenzenden Straßen durchgeführt werden.

In Wandsbek wurde am morgen gegen 6 Uhr die Wache des staatlichen Polizeiamts im Amisshaus v. Lengendstraße von etwa 50 Personen, anscheinend Angehörigen proletarischer Hundertschafften, gekürrt. Es gelang den Stürmenden vorübergehend die Wache zu besetzen. Herbeigerufene Orpo nahm sofort eine erfolgreiche Säuberung vor. Die Räumlichkeiten wurden stark demoliert. Drei Beamte wurden von den Aufständern verhaftet, später aber wieder befreit. Bei der Schießerei wurde ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt, an dessen Aufkommen ebenfalls gezweifelt werden muß.

Es ist festzustellen, daß die Angreifer, die schwer bewaffnet waren, zu den kommunistischen Hundertschafften aus Barmbeck gehören. Zahlreiche Verhaftungen in Wandsbek und Ahrensburg sind vorgenommen worden. Wie immer bei solchen unruhigen Zeiten, war auch das Diebesgesindel wieder eifrig am Werke. Es wurden im Amisshaus Fahrräder, ein Telephonapparat und kleinere Geldbeiträge gestohlen.

Infolge der vielen Vertriebsrichtungen und auf Grund der vielen wilden Gerichte sammelten sich Dienstag morgen große Haufen von Arbeitern vor dem Gewerkschaftshause an. Unverantwortliche Hezer redeten auf die Masse ein, verlangten den Ortsausschuß zu sprechen, kürrten die Treppen des Gewerkschaftshauses herauf und besetzten in den Bureaus des Ortsausschusses einige Angestellte. Da sie vom Vorstand des Ortsausschusses niemand erreichen konnten, suchten sie die Bureaus, die eilig ihre Räume abschlossen, nach roten Fahnen ab. Als man nach längerem Suchen eine solche gefunden hatte, hielt ein Mann vor dem Gewerkschaftshaus eine Ansprache. Er erklärte, daß sich die kämpfenden Genossen in Barmbeck ohne Unterstützung gegen die Orpo halten würden, und forderte die Masse deshalb auf, ihm unter Vortragen der roten Fahne zu folgen zum Sturm auf die Wachen im Stadtteil Hammerbrook. In schwermütigem Zuge legte sich darauf eine Menge von etwa 1500 Mann den Befehlsbinderhof entlang nach Richtung Hammerbrook in Bewegung.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt hat die Arbeitsniederlegung in lebenswichtigen Betrieben verboten. Ebenso ordnete er an, daß alle nach der Straßenbahn gelegenen Fenster bis auf weiteres geschlossen zu halten sind. Auf offene Fenster wird geschlossen. — Die Polizeistunde wird auf 10 Uhr festgelegt. Zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens hat sich jedermann innerhalb seiner Wohnung aufzuhalten.

Zu den kommunistischen Partisanen schreibt das „Ham. Echo“: Seit ungefähr acht Tagen hat die durch das Verbot der Herausgabe von Drucksachen in ihrer öffentlichen Betätigung behinderte Kommunistenpartei Groß-Hamburgs eine heimliche Agitation zur Entfesselung des Generalkriegs und des blutigen Kampfes gegen die Polizeigewalt betrieben. In einer Versammlung wurde die ganze Stadt in Bezirke für proletarische Hundertschafften eingeteilt. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse lehnt selbstverständlich jede Gemeinschaft mit diesen „proletarischen Hundertschafften“, die gegen ihren Willen und entgegen der ausdrücklichen Warnung anderer Parteileitung geschaffen wurden, ab. Nicht, weil wir die Seite bis zur Unerschütterlichkeit gefestigte Rot widerstands- und kampflustige Arbeiter wollen, sondern weil viele Rot durch verbrecherische Vorklänge nur noch vergrößert und alles das in Frage gestellt wird, was zur Rettung des Volkes noch geüben kann. Werthbeachtliche Jaglungsamt ist man im Begriff heraus-

zugeben. Wenn der Not wirksam abgeholfen werden soll, ist erste Vorbedingung, daß sich solche Ereignisse nicht wiederholen. — Es an sich schon ein Verbrechen, mit Mordgewehren gegen Beamte vorzugehen, die selbst zum Proletariat gehören und nichts weiter als ihre Pflicht tun, wenn sie gegen Plünderungen einschreiten, so wird dies Verbrechen um so schlimmer durch seine politischen Auswirkungen.

Das „Echo“ wendet sich gegen das strikte Streikverbot und gegen den Generalkriegswahnsinn der Kommunisten, weil er den Unternehmern gelegen kommt.

Die Arbeiter werden die Widerstandskraft, die in der Waffe des Streiks liegt, noch bitter nötig haben, wenn die Zeiten sich einmal wieder geändert haben. Heute müssen sie durch festes Zusammenhalten in den Betrieben, durch entschlossene Abwehr der wilden Streikhege sich behaupten und vor allem ihre Organisationskraft vor dem Zusammenbruch retten.

Der kommunistische Putsch hat sich nicht gegen die wirklich Schuldigen an der herrschenden Hungersnot, nicht gegen die wahren Unterdrücker der Arbeiterschaft gerichtet, sondern gegen die Arbeiterorganisationen, gegen die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Polizei, gegen die genossenschaftlichen Unternehmungen des Proletariats. Er war ein Verbrechen an unserm Volk, an unserer Arbeiterklasse. Das Blut, das durch ihn vergossen wurde, steht als untilgbares Schuldmal an den Händen derer, die den Hunger selbst nicht fühlen, sondern die Verzweiflung der Massen ausbeuten, damit sich das Chaos in Deutschland vollende.

Ueber den Anschlag auf die Bahnanlagen wird von der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn berichtet: Montag abend gegen 10 Uhr wurde von einem Streifenwärter gemeldet, daß eine Bande in Stärke von 40 bis 50 Mann an einer Stelle zwischen Ahrensburg und Ahl-Kahlstedt bei Km. 44,1 die Strecke aufgerissen habe. Etwas später wurde die Meldung dahin ergänzt, daß auch auf der Chaussee Bäume gefällt seien und die Chaussee gesperrt worden sei. Vom Bahnhof wurde sofort die Sicherheitspolizei in Wandsbek benachrichtigt, die auf der Stelle eintraf. Sobald war auch die Sicherheitswehr in Ahrensburg alarmiert worden. Sicherheitswehr und Sicherheitspolizei kamen in ein Feuergefecht mit der Bande. Infolge der Streckensperrung mußte der letzte von Lübeck nach Hamburg abfahrende Zug in Ahrensburg liegen bleiben. Auch der letzte von Hamburg nach Lübeck fahrende Zug konnte nur noch bis Ahl-Kahlstedt verkehren, ebenso konnten die Güterzüge nicht weiter fahren. Die Sipo hat die Gegend gekäubert und eine Anzahl Leute der Bande, wie es heißt, 22 Mann, verhaftet. Unter dem Schutze der Sipo hat heute morgen eine Bahnmittelkolonne die Strecke wiederhergestellt. Früh 6 Uhr 30 war sie wieder fahrbar.

In Schiffbek wurde am Dienstag mittag hamburgische Ordnungspolizei mit heftigem Gewehrfeuer empfangen. In dem Feuergefecht hatten auch die Aufständischen schwere Verluste. Fünf von ihnen wurden bewaffnet festgenommen. — In Barmbeck lebten gegen 4 Uhr in der Bramfelderstraße und gegen 5 Uhr in der Dehnhaide und in der Hamburgerstraße die Kämpfe wieder auf. Es wurde aus Häusern und von den Dächern geschossen. Wie der amtliche Bericht sagt, ist der großangelegte kommunistische Putschversuch niedergeschlagen. In der inneren Stadt blieb es auch abends ruhig. Ab und zu fiel von irgendwoher ein Schuß, aber zu Zusammenstößen kam es im Zentrum der Stadt nicht.

Hamburg. Schließung der Werften. Die Deutsche Werft hat ihren Betrieb Zinkenwärder wie Tollerort geschlossen. Ihr sind die Vulkan-Werke gefolgt. Bei Blohm u. Voß und auf der Werft von Janßen u. Schminke ist am Montag nicht gearbeitet worden. Auf der Vulkanwerft wurde passive Resistenz geübt, weil die geforderte frühere Abschlagszahlung nicht bewilligt worden war. Auch wurde eine sofortige Wirtschaftsbeihilfe von 40 Milliarden gefordert. Die Vulkanwerft wollte nur die Abschlagszahlung auf 6 Milliarden erhöhen.

Hamburg. Ein Kohlendampfer durch Kollision gesunken! Der aufkommende englische Kohlendampfer „Fernhill“ geriet auf der Unterelbe bei der Mündung mit dem hier abgegangenen englischen Dampfer „Port of Auland“ in Kollision. Ersterer wurde so schwer getroffen, daß er nach kurzer Zeit sank. Die Besatzung ist vollständig gerettet. Der Dampfer „Port of Auland“ scheint keinen oder nur geringen Schaden erlitten zu haben, da er die Reise fortsetzen konnte. Der getroffene Dampfer konnte durch Schlepper aus dem Fahrwasser entfernt werden. Eben unterhalb des Pontons an der Lütje sank das Schiff.

Kiel. Das Unternehmertum diktiert. In einer Betriebsversammlung der organisierten Arbeiter der Howaldtwerke wurden die Bedingungen der Direktion für die Wiederaufnahme der Arbeit bekanntgegeben. Es heißt in den Bedingungen: Die achtstündige Arbeitszeit muß vom ersten bis zum letzten Signal durch die Arbeit voll ausgenutzt werden. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft bei seiner Arbeit herzugeben. Unterlagt ein Arbeiter seinen Arbeitskollegen zu behindern, das zu verdienen, wozu ihn Fleiß und Geschicklichkeit befähigen. Versammlungen jeder Art, während der Arbeitszeit, wozu auch die Frühstückspause gehört, dürfen nicht stattfinden. Ueberstunden sind im Rahmen der gesetzlichen Regelung und der Arbeitsordnung zu leisten. Im Zusammenhang hiermit ist es unterlagt, einen Druck auf das Abfeiern vorzunehmen.“ Die Abstimmung ergab 455 für und 431 Stimmen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Das Ergebnis wurde der Direktion mitgeteilt, die erklärte, daß die Einstellung der Arbeiter am Montag und Dienstag erfolgen werde.

Sport.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund in Gefahr.

Durch die Geldentwertung der letzten Zeit ist finanziell jeder Lebensnerv unserer Organisation zerschritten. Bund und Verlag sind nicht in der Lage, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, den Angelegten Lohn zu zahlen und sich aufbauenden Zukunftsarbeiten zu widmen. Die Folge wird sein, daß Bund und Verlag ihre Arbeiten einstellen müssen. Um dasjenige, was durch mühselige Arbeit aufgebaut ist, wenigstens erhalten zu können, hat der Bundesvorstand folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bundesbeitrag für das 4. Quartal beträgt 4 Millionen. Vereine, die bis zum 20. Oktober den Beitrag nicht abgefordert haben, müssen denselben mit einer von uns noch bekanntzugebenden Entwertungszahl vermindern. Für alle vom Verlag bezogenen Waren und Zeitungen, sowie für Mitgliedsbücher und Jugendkarten die später als 5 Tage nach Zustellung der Rechnung bezahlt werden, muß der jeweils geltende Tagespreis in Anrechnung gebracht werden.“

Von allen Bezirksvereinen wird erwartet, daß sie für die Notlage des Bundes das nötige Verständnis aufbringen und die festgesetzten Bundesbeiträge sofort an den Bund einbringen. Die schnellste Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Bund kann helfen. Der Bezirksvorstand wird Gelegenheit nehmen, in die nächsten Vereinsversammlungen, die dem unterzeichneten Bezirksvertreter umgehend mitzuteilen sind, einen Vertreter zur Aufklärung über die Notlage des Bundes zu entsenden.

J. Witzel, Schützenstraße 57a II.

